

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19320629

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo

Preis 10 A

Hamburg Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 155

Mittwoch, 29. Juni 1932

58. Jahrgang

Hamburger Nachrichten fordern zum Staatsstreich auf!

Papenkabinett soll Weimarer Verfassung „außer Kraft“ setzen, die Verfassungsgeide misshandeln und eine Militärdiktatur einführen!

Was sagt die Reichsregierung dazu?

Die Hamburger Nachrichten veröffentlichen in ihrer Abendausgabe vom Dienstag einen „Offenen Brief“ der Hauptschriftleitung an den Reichskanzler von Papen, der in Verbindung mit dem Leitartikel des Blattes von Sonntag morgen den Reichskanzler zur Errichtung einer Militärdiktatur und zur „Außerkräftsetzung“ der Weimarer Verfassung auffordert und also eine glatte Aufforderung zum Hochverrat darstellt.

In der Nummer vom Sonntag, 26. Juni, erklärt der Hauptschriftleiter des Blattes, Herr von Neuhaus, wenn die Dinge in der bisherigen Weise weitertrieben, würde entweder das Reich eines Tages wieder ein Staatenbund sein, was gleichbedeutend sei mit seinem Zerfall oder man werde sich rechtzeitig entschließen müssen, auch vor einer Reichsregierung nicht zurückzusicheren. Der Liberalismus habe den Staat so aufgelockert, daß nichts mehr vorhanden sei als eine anorganische Masse, die nur noch mit der Waffe des Soldaten in Schach gehalten werden könne. Und der Artikel schließt mit folgender Aufforderung an die Reichsregierung:

Wir kommen zu dem Schluß: Die Verfassung von Weimar besteht faktisch nicht mehr. Aus dieser Tatsache soll man die Folgerung ziehen und sie auch formell außer Kraft setzen und nicht länger so tun, „als ob“. Wie sollen wir Außenpolitik treiben, wenn wir im Innern einen völlig desorganisierten Staat haben? Gerade mit Rücksicht auf unsere außenpolitische Stellung sollte die Reichsregierung so schnell wie möglich an die Reorganisation unseres gesamten Staatslebens herangehen. Dieser gesteigerten Forderung gegenüber müssen alle juristischen Bedenken schweigen; denn höher als alle Paragraphen und Eide eines Einzelmannes steht das deutsche Reich.

Diese Aufforderung zur „Außerkräftsetzung“ der Weimarer Verfassung, zur Mißachtung der feierlich geschworenen Verfassungsgeide sowohl des Reichspräsidenten als der Mitglieder der Reichsregierung, diese Aufforderung zum Staatsverrat stellt eine ganz klare Aufforderung zum Hochverrat dar. Der § 85 des Strafgesetzbuches bestimmt:

„Wer öffentlich vor einer Versammlung, oder vor der Verbreitung von Schriften oder andern Darstellungen zur Ausführung einer nach § 82 strafbaren Handlung auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.“

Im § 82 wird bestimmt, daß als ein Unternehmen, durch das das Verbrechen des Hochverrats vollendet wird, jede Handlung anzusehen ist, durch die das Vorhaben mittelbar zur Ausführung gebracht werden solle. Was aber ein hochverräterisches Unternehmen ist, das wird im § 81 festgelegt, in dem es im Absatz 2 heißt: „Wer es unternimmt

„die Verfassung des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates gewaltsam zu ändern, wird wegen Hochverrats mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft.“

Die Aufforderung der Hamburger Nachrichten an die Reichsregierung, über alle juristischen Bedenken und Eide hinweg, gestützt auf die Waffe des Soldaten, die Verfassung außer Kraft zu setzen, ist also eine glatte Aufforderung zur gewaltsamen Veränderung der Verfassung. Mit dieser Aufforderung haben es die Hamburger Nachrichten nicht bewenden lassen, sondern haben am Dienstagabend im Sinne der Ausführungen ihres Sonntags-Leitartikels den oben erwähnten „Offenen Brief“ an den Reichskanzler von Papen gerichtet, in dem der Reichskanzler unter Hinweis auf die Botschaft der Länderminister in Berlin aufgefordert wird, vom Verhandeln zum Handeln überzugehen, die vollziehende Gewalt den militärischen Stellen zu übertragen und die Minister der rebellierenden Länder zu verhaften! Die entscheidenden Stellen des Offenen Briefes lauten:

Ganz außerordentlich bedenklich wird Sie, Herr Reichskanzler, das Komplott stimmen, das anscheinend in den letzten Tagen in Berlin von dem geschäftsführenden preussischen Ministerpräsidenten angezettelt wurde. Wenn man die darüber erschienenen Meldungen in der Presse verfolgt, so kann man sich den Eindruck nicht erwehren, daß da in Berlin Dinge getrieben werden, die ein den geschäftsführenden preussischen Staatskanzler zum Handeln zwingen könnten, von Amts wegen eingreifen. Sollte dazu aber das Vorhaben der preussischen Regierung nicht ausreichen, dann steht zu hoffen, daß der Landtag von seinem Recht des Artikels 58 Absatz 1 der preussischen Verfassung Gebrauch macht und die Minister unter Anklage stellt.

Für Sie, Herr Reichskanzler, und die von Ihnen geführte Reichsregierung erhebt sich die Frage, wie lange Sie sich diesen offenen Widerstand gegen Ihre Maßnahmen gefallen lassen wollen. Vergessen Sie nicht, daß es sich hier um eine Machtprobe handelt, aus der Sie unbedingt als erster Sieger hervorgehen müssen. Sie werden also, wenn die Länderregierungen unüberheblich sind, vom Handeln zum Handeln übergehen müssen. Die öffentliche Ruhe und Ordnung im Deutschen Reich ist erheblich gefährdet und Sie werden nicht mehr darum herumkommen, dem Herrn Reichspräsidenten nahezuweisen, in den rebellierenden Ländern einen „Reichsdominanzkommissar“ einzusetzen, der die Bürgerschaft durch die von der Reichsregierung zur Geltung kommt und die von den Länderregierungen in gleicher Weise wie von den Kommunisten geführte öffentliche Ruhe und Ordnung wieder hergestellt wird.

Der Inhalt der neuen Notverordnung

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Reichsminister des Innern zum Vortrag über die schwebenden politischen Fragen. Nach der Besprechung unterzeichnete der Reichspräsident die angekündigte Notverordnung zur Notverordnung vom 14. Juni, durch die die Hilters Privatarmee wieder offiziell gestiftet wurde.

Ueber den Inhalt der neuen Notverordnung

„zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“, die heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden soll, werden folgende Einzelheiten bekannt:

§ 1 ermächtigt die Landesregierungen, politische Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel dann zu verbieten, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Das gilt aber nur für besonders abgegrenzte Ortsteile und in besonderen Einzelfällen. Dadurch werden

die weitergehenden Verbote allgemeiner Natur außer Kraft gesetzt. Dasselbe gilt für das Uniformverbot.

Nur bei akuter Gefahr können die Landespolizeibehörden Uniformverbote aussprechen. Die allgemeinen Uniformverbote werden außer Kraft gesetzt. Der Reichs-

Die Autorität des Reiches darf nicht länger Spielball der Länder bleiben. Es scheint uns bereits für die Einziehung ziviler Reichskommissare zu spät zu sein. Die vollziehende Gewalt in den Ländern muß den militärischen Stellen übertragen werden. Eine andere Frage, die ernstlich zu erwägen wäre, ist, ob die Herren Reichskommissare ihre zweifelhafte segensreiche Tätigkeit nicht damit beginnen sollten, die Herren Minister der rebellierenden Länder zu verhaften. Es würde auf diese Weise am schnellsten die öffentliche Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.

Offener und dreister ist wohl noch nie in einem deutschen Blatt zum Staatsverrat, also zum Hochverrat, aufgefordert worden. Wir wollen uns nicht weiter mit der Frage aufhalten, was wohl mit einem kommunistischen Blatt geschehen würde, in dem derartige Aufforderungen enthalten sind. Insbesondere der Oberreichsanwalt wird nicht umhin können, sich sofort mit den Hamburger Nachrichten zu befassen. Ueber diese Frage hinaus wichtiger ist jedoch die Frage nach den Hintergründen dieses Offenen Briefes, der ja nur äußerlich an die Berliner Botschaft der Länderminister anknüpft, dessen grundlegende Gedanken aber bereits in dem Sonntag-Leitartikel, bereits vor der Berliner Konferenz enthalten und deutlich formuliert waren. Die Großschlichtigkeit, mit der in dem Offenen Brief die Wünsche der reaktionären Kreise vorgetragen werden, könnten manchen vielleicht zu der Annahme führen, als handle es sich hier lediglich um nicht ernst zu nehmendes Geschwafel eines sich aufplustern Journalisten. Eine solche Annahme erscheint uns jedoch im Hinblick auf die Vorgänge der letzten Zeit absolut nicht angebracht. Die Hamburger Nachrichten haben sich schon wiederholt über die Absichten und Pläne gewisser Zirkel als außerordentlich gut informiert erwiesen, sie haben sich auch schon wiederholt zum Sprachrohr solcher Pläne gemacht. Die Vermutung liegt daher auch jetzt nahe, daß die Ausführungen der Hamburger Nachrichten nicht lediglich ein Produkt der Nachrichtenredaktion sind, sondern auf Intentionen beruhen, die in der Kreise zurückgehen, die sich absichtlich eines außerhalb Berlins erscheinenden Blattes bedienen, um ihre Pläne in die Öffentlichkeit zu lancieren.

Die Tatsache, daß die Hamburger Nachrichten diese Aufforderung zum Staatsverrat veröffentlichten, ohne daß die Reichsregierung, die in den letzten Tagen mit

innenminister ist ermächtigt, etwa neu erlassene allgemeine Verbote aufzuheben.

§ 2 ermächtigt den Reichsinnenminister, für das ganze Reich und auch für einzelne Teile Versammlungs- und Uniformverbote auszusprechen sowie die erforderlichen Strafen zu verhängen.

§ 3 gestattet die polizeiliche Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten, Flugchriften oder Flugblättern, in denen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wird.

Die Verordnung, die der Reichsinnenminister außerdem zur Regelung des Demonstrationswesens erlassen hat, stützt sich auf § 4 Absatz 2 der Notverordnung vom 14. Juni, wodurch der Reichsinnenminister befugt worden war, eine Anmeldepflicht für Demonstrationen anzubringen.

Diese Anmeldepflicht wird nun allgemein ausgesprochen, und zwar für das ganze Reich.

Alle öffentlichen politischen Versammlungen sowie alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel müssen spätestens zwei Tage vorher angemeldet werden.

Solche Demonstrationen können im Einzelfalle verboten werden, wenn Gefahr im Verzuge. Statt eines Verbots können solche Veranstaltungen auch mit ganz bestimmenden Auflagen bedacht werden.

(Den Wortlaut der Notverordnung, der in der Mittagsstunde bekannt wird, siehe 3. Seite.)

Auflagenachrichten an die Presse und mit der Ankündigung scharfer Maßnahmen gegen mißliebige Presseäußerungen außerordentlich schnell bei der Hand war, bisher irgend etwas hat verlauten lassen, zwingt uns das weitere zu der ausdrücklichen Frage, was die Reichsregierung gegen die in den Hamburger Nachrichten erfolgte Aufforderung zum Staatsverrat und gegen die Länderregierungen ausgesprochene unverkämte Verdächtigung, sie stören in gleicher Weise wie die Kommunisten die öffentliche Ruhe und Ordnung, zu tun gedenkt. Nachdem die Reichsregierung in der bekannten Auflagenachrichte an die Berliner BZ zum Ausdruck gebracht hat, daß es ihre besondere Pflicht der verantwortungsbewußten Presse sei, ihre Veröffentlichungen jeden sensationellen Charakters zu enthalten, der unter Entstellung der Tatsachen zu einer Verschärfung der Gegensätze führen müsse, dürfen wir wohl erwarten, daß die Reichsregierung sofort die Initiative ergreift, um die Hamburger Nachrichten wegen ihrer Aufforderung zum Hochverrat so zu Rechenschaft zu ziehen, wie es die deutschen Straßengesetze vorschreiben. Im anderen Falle würde die Reichsregierung einen Präzedenzfall schaffen, der außerordentlich gefährliche Folgen nach sich zu ziehen geeignet ist.

Was die andere politische Seite anbelangt, so beschränken wir uns hier auf die ruhige, aber sehr nachdrückliche Feststellung, daß der Versuch eines Staatsstreiches in Deutschland Folgen haben müßte, über die sich die Hamburger Nachrichten und auch ihre stuppelosen Sintermänner anscheinend nicht genügend klar sind. Die Spekulation, die deutsche Arbeiterbewegung mit der Waffe des Soldaten niederzujagen, dürfte sich als eine grübelnde Fehlspekulation erweisen. Und wir sind überzeugt, daß diese Meinung auch von der Reichsregierung geteilt wird, daß doch Reichswehrminister Schleicher erst kürzlich in einer Auseinandersetzung mit dem Vorwärts ausdrücklich betont, daß auch nach seiner Abergzeugung die Macht der Bajonette allein nicht ausreicht, um als Grundlage einer Regierung zu dienen.

Das sollten sich auch alle jene sehr nachdrücklich einprägen, die mit Staatsverratgeflüsten haufieren gehen!

Sklarets Ende

Das Banana der Reaktion

Mit dem Zuchthausurteil gegen die Brüder Sklarek ist ein Prozeß zu Ende gegangen, der von der Reaktion zu einer niederträchtigen und demagogischen Hesse gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet werden sollte. Dieser traurige Versuch ist vorbeigekommen! Die Intriganten und Verleumder selbst stehen aufs schwerste discreditiert da. Es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß es der deutsche nationale Reichstagsabgeordnete Wolf gewesen ist, der den Pöbel, aus dem Max Sklarek zu trinken pflegte, in geradezu gotteslästerlicher Weise gesegnet hat; man braucht ferner nur daran zu erinnern, daß es der deutsche nationale Landtagsabgeordnete Rimbel war, der sich als einer der eifrigsten Propagandisten der Sklareks betätigte, und man muß vor allen Dingen immer wieder darauf hinweisen, daß sich die Deutsche nationale Volkspartei nicht geschämt hat, von den Sklareks Tausende von Mark für ihre schwarz-weiß-rote Parteikasse in Empfang zu nehmen, obwohl sie genau wissen mußte, daß das Geld nicht aus Ueberzeugungsgründen gegeben worden war, sondern als Schmiergeld unter die „Geschäftsleute“ kam.

Als die Skandalöse Sache mit dem Silberpokal passierte, stand der Stern der jetzt zu vier Jahren Zuchthaus Verurteilten im höchsten Glanze der sogenannten „guten“ Gesellschaft. Sonntags liefen die kostbaren Pferde der Sklareks auf den Rennbahnen; einmal gewannen sie sogar das Hamburger Derby. Grafen und Barone gingen auf dem Landbesitz der „Königlichen Kaufleute“ ein und aus und genossen den von ihnen gestellten Champagner, nebst den dazugehörigen Weibern, aus vollen Zügen. Anders Tages sammelte man sich wiederum in den Berliner Luginsstätten, oder die illustre Gesellschaft fand sich zum fröhlichen Sorbido der Jagd zusammen. Was die Pferde an Siegesgeltern heimbrachten, vertheilten die Stallbesitzer wiederum an ihre Freunde. Gern ließen sich die Sklareks beim Würfeln und Deckschpiel große Summen von diesen notleidenden Herren abnehmen; sie nahmen, sie nahmen, und da das Geld schon im alten Rom nicht gesunken hat, so schadet es nicht, wenn auch die Geber: Sklarek hießen und Juden waren. Einmal mußte man sich aber erentlich zeigen, und so geschah es, daß die Freundesbrüder beifolgt, den hochherzigen Spendern einen silbernen Pokal zu verleihen,

und darauf eingegraben waren die Namen der Betreuer. Vom kommunistischen Stadtrat Degener bis zum deutschen nationalen Reichstagsabgeordneten Wolf; es hat kein Name gefehlt. Weil aber dieser Wolf zugleich evangelischer Pfarrer war, nahm man ihn beim Amt, und er ließ sich nicht lumpen, dem Pöbel den priesterlichen Segen zu geben!

So weit, so gut! Wir kennen diese Bilder aus allen Zeiten und aus allen Ländern, und nicht zuletzt aus der kaiserlichen Periode der Hohenzollern. Es sei nur an die Skandalaffären unter Wilhelm II. erinnert, an die Brüder Sippelskirch und ihre Heerzedelegierungen an die Kolonialtruppen, an den Fall des Oberhofmarschalls der ehemaligen Kaiserin, Graf Mirbach, der von Jud und Christ Gelder für protestantischen Kirchenbau sammelte, an die Börsengeschäfte des Barons Holstein, an die Steuerraffären Bismarcks, an den Ordensschacher und Ordensgeschäfte unter Wilhelm II. und anderen deutschen Fürsten. Nur mit dem Unterschied: damals kamen die sozialdemokratischen Redakteure ins Gefängnis, wenn sie es wagten, diese weltbekannten Gaunereien anzutippen, während die Schuldigen frei, unbefragt und im Genuß ihrer erratischen Gelder blieben. Im „System“ der Nachkriegszeit ist bis heute kein

Bruch in Lausanne?

Macdonalds Ausgleichsversuch / Herriots Partei drückt auf den Führer

Ein Vermittlungsaktion Macdonalds hat am Dienstag die Deutschen und Franzosen wieder zu den sachlichen Problemen zurückgeführt. Macdonald selbst erklärte den Pressevertretern: „Es war ein glücklicher Tag und ich bin froh, zur Fortführung der Beratungen mit besten Aussichten beigetragen zu haben.“

Der Verlauf des Tages war gekennzeichnet durch zwei lange Sitzungen, an denen unter anderem von Papen und von Neurath, Macdonald, Herriot und der französische Finanzminister teilnahmen. Nach den ständigen Angaben der Beteiligten drehen sich gewisse Punkte der Beratung vor allem um das Wirtschaftsprobleme und die Aussichten auf detaillierte Vorschläge. Trotz Macdonalds Hoffnung wird hier die Lage als fast hoffnungslos angesehen. Es heißt jedoch, von Papen wolle am Mittwochabend, nach einer Aussprache mit den sechs einladenden Mächten, in Gemeinschaft mit Herriot nach Paris reisen, wie auch Herriot mit Germain Martin Paris aufsuchen wird. Man will offenbar haben und drücken sich vergebens, wie weit man gehen kann zur Verminderung des Devisen. Macdonald ist für eine Schlussumme, die jedoch weit hinter dem französischen Anspruch zurückbleibt. Günstig ist, daß die Fraktion Herriots mit großer Mehrheit beschließen,

von Herriot Unterstützung zu fordern. In der Fraktionsführung gab der dem linken Flügel angehörende Abgeordnete Nogaro einen kurzen Überblick über das Reparationsproblem. Er erklärte, die Erfahrung beweise, daß vom rein finanziellen Standpunkt betrachtet, die regelmäßige Zahlung von großen Summen für eine lange Reihe von Jahren unmöglich sei. Vom politischen Standpunkt aus, so betonte Nogaro, sei es

für Frankreich das Beste, sich seiner eigenen Auslandsschulden zu entledigen.

Frankreich könnte sich zugleich dem englischen Standpunkt anschließen und die logische und stärkste Stellung gegenüber seinen Gläubigern einnehmen. Frankreich sei dazu berechtigt, den Vorschlag des Präsidenten Hoover an Amerika zurückzuweisen. Die Tatsache, daß bei der Ausarbeitung des Young-Plans Frankreich aufgegeben worden sei, ein Opfer zu bringen, das dem Amerika proportional gleichwertig sei, gebe ihm das Recht, den Vorschlag Hoovers auf eigene Rechnung zu übernehmen.

Deutsche Rüstungsfreiheit und Reparationen

Paris, 29. Juni. Die Pariser Mittwochblätter melden aus Lausanne, daß die Bemühungen Macdonalds, eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich in der Reparationsfrage herbeizuführen, nicht den geringsten Erfolg gehabt hätten. Die Erklärungen der beiden Delegationsführer vor Macdonald hätten nur bestätigt die tiefe Uneinigkeit zwischen Deutschland und Frankreich.

Der Chefdelegation des Marins berichtet, in den Unterhaltungen am Dienstag seien vor allem drei Dinge hervorgetreten. Es sei eine unüberwindliche Widerannäherung zwischen den französischen und englischen Hesse festzustellen. Macdonald habe nicht verheimlichen können, daß er mit Herriot mindestens darüber einig sei, daß eine Streichung der Reparationen von Seiten Deutschlands eine Gegen-

leistung verlange, weil sonst die Streichung einer Minderung der Verträge durch den Schuldner gleichkomme und weil sich die europäischen Staaten ganz mit leerer Hand vor Amerika befänden, wenn sie die Revision ihrer eigenen Schulden verlangten.

Die zweite Tatsache sei eine Ungeklärtheit der deutschen Unterhändler gewesen. Während der Unterhaltung habe von Papen erklärt, es gebe einen Fall, in dem Deutschland bereit wäre, Frankreich eine Kompensation zu gewähren, und zwar in der Form von Zahlungen. Dieser Fall würde eintreten,

wenn Frankreich auf die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages, betreffend die Abrüstung Deutschlands, verzichte und die Gleichheit der militärischen Rechte Deutschlands zulasse.

Darüber seien die Engländer sehr erstaunt gewesen. Den Franzosen sei die Antwort sehr leicht gefallen. Herriot habe erklärt: „Ich stelle fest, daß Sie, nachdem Sie uns ständig wiederholt haben, daß Sie unter keinem Vorwand irgendetwas zahlen könnten, heute sagen, daß Sie etwas zahlen können.“

Schließlich habe sich gezeigt, daß die deutsche Delegation, die, wenn sie selbst zu bestimmen hätte, im Interesse Deutschlands vielleicht zu einem Vergleich bereit sein würde, nicht freie Hand habe. Sie sei eine Gefangene des gebietenden Auftrags, den ihr der Reichspräsident am Sonntag erteilt habe. Sie sei ferner die Gefangene der öffentlichen Meinung Deutschlands, die durch eine unerhörte Siegeskampagne und durch Drohungen aufgeschreckt worden sei.

Pertinax meldet im Echo de Paris, die Bedingungen für die eventuelle Bereitschaft Deutschlands zu Zahlungen in etwas anderer Form. Die deutsche Delegation habe die Verringerung der französischen Rüstungen bis auf das Niveau der deutschen Rüstungen und ferner eine Verteilung der Goldbestände der Bank von Frankreich verlangt.

Schuldiger unbefristet geblieben, so hoch oder so niedrig er auch gefallen haben mag. Die Elareks haben ihre Beziehungen zu den verschiedensten Parteien der Stadt Berlin. Sie haben diesen Pflichtenverpflichtungen alle Art gegeben. Der Dank bestand darin, daß diese politischen und unpolitischen Beamten, Richter, Buchhalter, Bürgermeister und Magistratsräte der verschiedensten Parteien den Elareks Vorstöße geleistet haben in der Frisierung von Bilanzen, in der Fälschung von Konten und Wechsel und in der Lieferung von Waren. Daran haben diese Beamten wiederum verdient und haben auf Grund dessen wiederum hohe Ausgaben gemacht, die die Elareks bezahlt und wo für sie sich wiederum an den Geldern der Stadt Berlin schadlos hielten. Um rund fünfzehn Millionen Mark ist die Reichshauptstadt und sind die Steuerzahler betrogen worden. Der Oberbürgermeister Böß hat es keine Stellung getroffen, weil er für keine genügende Kontrolle in den ihm unterstehenden Ämtern gesorgt hatte. Andere hohe Beamten der Stadtverwaltung haben die Korruption das Leben gestiftet. Tod durch Aufregung, frühzeitige Krankheit oder Selbstmord. Geblieben sind die heutigen Verurteilten.

Prüft man das Urteil, gegen das es keine Berufung gibt, so fällt es auf durch seine Härte und durch seine Milde. Wir sind die letzten, die irgendeinem Gauner und Betrüger am öffentlichen Gut milde Richter wünschen. Wenn aber die Elareks mit Recht zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind und schuldige städtische Angestellte zu gleicher Zeit mit wenigen Monaten Gefängnis wegkommen, so finden wir dies nicht richtig. Erst der Amtsinhaber dieser Beamten hat den Elareks das Eindringen in die städtische Verwaltung und in die städtischen Kassen ermöglicht, und ohne die korrupten Beamten gab es keinen Fall Elarek.

Wenn wir dies betonen, so deshalb, weil dieses Urteil Wind in die Segel jener liefert, die

den Fall Elarek zu einem Fall des „Systems“

jahrelang ausgebeutet haben. Die Gegner der Republik und der demokratischen Verwaltung betreiben mit dem Fall Elarek eine widerliche und verlogene politische Hege, die durch die Milde gegenüber den schuldigen Beamten neue Nahrung haben wird. „Sindenburg der Kandidat der Elareks“, so war es in Wort und Bild während der Präsidentschaftswahl hingestellt worden, und das Urteil wird in dieser Unterförschlichkeit der Behandlung der Schuldigen nicht geeignet sein, den Fall Elarek auf das Maß zurückzuführen, das er in den Augen jedes anständigen und ehrlichen Gegners haben müßte; einer jener Korruptionsfälle zu sein, die sich immer neu und in allen Ländern wiederholen müssen, solange das kapitalistische System besteht. Wir sehen es heute in Frankreich beim Fall Dufröie, in Nordamerika im Fall des eben angeklagten Oberbürgermeisters Walter von New York, wir sehen es in England, im Fall Kreuger, und wir sehen und haben es in diesen Tagen in immer neuer Wiederholung in Deutschland. Da ist der Gavag-Prozeß, alles stramm „nationale“ Männer und Direktoren, die eine der größten und ältesten Versicherungsgesellschaften Europas bis zum Weißblut ausfugen und ausgeplündert haben. Wir sehen es im Fall Labusen, der die eigentliche Ursache des Bankrotts vom Juli 1931 gewesen ist und den Staat Hunderte von Millionen Mark in Form von Stützungsaktionen gekostet haben. Labusen, die Verehrer und Unterstützer Hitlers. Wir sehen es vor allem auch im Devaheim-Prozeß, in dem sich ausschließlich nationale und nationalsozialistische Männer von echtem Schrot und Korn zu verantworten haben, die Tausende von armen evangelischen Epikuren um ihr Geld betrogen.

Was übrig bleibt, ist, daß das von den sogenannten nationalen Parteien bekämpfte „System“ die Verantwortlichen zu finden und zu treffen weiß, und daß dieser Prozeß ein Reinigungsbad war für die Reichshauptstadt. Was aber politisch ebenfalls bleiben wird, das ist die abgrundtiefe Verlogenheit und Heuchelei unserer Gegner und vor allem der Nazis, die ihren Schild vor einem im Landtag enthaltenen Freisitz stellen, vor einem Röhmer, vor die Gemeinbrüder, und vor all jene unsauberen Elemente, die reif wären, aus dem öffentlichen Leben zu verschwinden, aber gehalten werden und die höchsten Führerstellen des Braunen Hauses bekleiden können, weil sie es verstehen, gegen das „System“ zu schimpfen und zum Bürgerkrieg und Arbeitermord aufzureizen.

Dr. Fritz Norden, der als Mitglied der deutschen Delegation nach Lausanne gegangen war, ist dort von einem Motorfahrzeug angefahren worden; er starb an den schweren Verletzungen. Norden ist als Sohn deutscher Eltern in Belgien aufgewachsen. Er gehörte der SPD an, arbeitete seit Jahren als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Außenbüreau und wirkte bei fast sämtlichen Konferenzen der Nachkriegszeit als Dolmetscher der Reichsregierung.

Fortgesetzte Übertretung des Waffenverbots

SA überall bewaffnet!

Und der Reichsinnenminister schweigt!

SPD, Berlin, 28. Juni.

Jeder anständige Mensch ist heute in Deutschland beinahe vogelfrei. Denn jedes Subjekt ist im Besitz eines Schießens oder irgendeiner anderen Waffe. Die Beunruhigung der Bevölkerung ist in den letzten Tagen vor allem durch die Tatsache gesteigert worden, daß

immer wieder bei den uniformierten SA-Leuten Waffen gefunden werden.

So wurden, wie aus den Mitteilungen der Berliner Polizei hervorgeht, zum Beispiel in der Potsdamer Straße in der vergangenen Nacht zwei SA-Leute nach Waffen durchsucht. Man fand bei dem einen eine Pistole, beim zweiten eine Schreikampfpistole. In Schöneberg wurde ein Student festgenommen, der im Besitz einer mit acht Kugeln geladenen Schusswaffe war. Ferner wurden zwei Nationalsozialisten verhaftet, bei denen die Untersuchung Schusswaffen, Schießpulver und Faustfeuerwaffen ergab. Ein weiterer Student wurde verhaftet, weil er als Waffe einen Revolver gefunden hatte.

Auf der Landstraße Frankfurt a. M. übernahm ein SA-Mann eine Gruppe von 150 uniformierten Nationalsozialisten an, die aus einer Versammlung heimkehrten. Die Untersuchung der Gruppe und des Wagens, auf dem sie überführt wurden, brachte ein ganzes Waffenlager zum Vorschein. Man fand

drei Pistolen, eine Gaspistole, fünf feststehende Messer, zahlreiche Schlägeln, Gummischläuche und Gummihäupter, Stahlruten, Lederriemen mit Beschlag, Koppel mit Karabinern und andere Schlagwerkzeuge.

Ein Teil der Verhafteten wurde freigelassen. Die übrigen, bei denen Waffen vorgefunden wurden, werden noch vernommen.

Immer neue Überfälle und Zusammenstöße!

SPD, Berlin, 28. Juni.

In Berlin-Reinickendorf überfielen Nationalsozialisten etwa 10 Kommunisten. Es fielen mehrere Schüsse. Ein Mann wurde leicht verletzt.

In Steglitz wurden aus einem Privatwagen heraus sechs Schüsse von einem Angehörigen der SPD abgegeben. Im Anschluß an eine am Dienstag im Berliner Lustgarten der nationalsozialistischen Studentenliga veranstalteten Kundgebung gegen den Verfall der Weimarer Republik, bei der die uniformierte SA den Versammlungsort stürmte, kam es beim Abmarsch der Gruppen zu Zusammenstößen mit der Polizei, deren Anordnungen nicht befolgt wurden.

Ein größerer Demonstrationsschlag drang gegen die Linke vor und durchbrach die Bannmeile. In der Nähe des Kulturministeriums wurde ein Polizeibeamter durch einen Schuss getötet.

Der Täter wurde ermittelt. Vor dem Bahnhof Friedrichstraße kam es ebenfalls zu Zusammenstößen und Schüssen. Ein Teil der Nazis stürmte in geschlossenem Zug in die Universität, obwohl die Nazis Studenten sich verpflichtet hatten, den Bürgerfrieden zu respektieren. Bei allen Zusammenstößen wurde die Polizei von den Nazis auf der Straße und in der unangenehmsten Weise beschimpft und verhöhnt. Die Nazis drohten, daß Mittwoch vormittag die Krawalle fortgesetzt würden.

3 Tote, sieben Schwerververletzte in Stuttgart

SPD, Stuttgart, 28. Juni.

Bei der Verdrängung eines Kommunisten, der von einem Nazi erschossen worden war, kam es am Dienstagmittag zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die den nach Schüssen folgenden Demonstrationsschlag aufkisseln wollte. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch. Drei Demonstranten wurden getötet, sieben schwer und eine weitere Anzahl leichter verletzt. Nur mit großer Mühe konnte die Polizei die Ruhe wieder herstellen, nachdem sie aus Weimburg (Anfang) Verstärkung erhalten hatte.

Überfälle auf Reichsbanner

SPD, Breslau, 29. Juni.

Am Dienstagabend wurde in den Anlagen an der Postbrücke ein Reichsbannermann von drei Männern, deren politische Zugehörigkeit noch nicht ermittelt werden konnte, überfallen. Der Reichsbannerkamerad erhielt während der sich entzündenden Schlägerei einen Stich in die Hand. Sehn Personen wurden festgenommen.

In der Neuborfstraße in der Breslauer Südvorstadt kam es am Dienstagabend gegen 11 Uhr zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten.

Mehrere SA-Leute fielen über drei Reichsbannerkameraden her, die von einer Kundgebung der Eisernen Front nach Hause gingen.

Dabei wurde ein Jungbannkamerad durch einen Messerstich in die Schulter erheblich verletzt.

In Braunschweig wurden am Dienstagabend auf dem Steinse vier Reichsbannerleute von einem Trupp Nationalsozialisten mit den Worten: „Das Ding muß herunter!“ angefallen. Die Nazis versuchten, den Angegriffenen das Reichsbanner abzunehmen. Die Kameraden setzten sich energisch zur Wehr, jedoch ohne Erfolg.

Plötzlich von 30 Uniformierten umringt. Sie wurden mit Schuttermen und Kopfschlägen blutig geschlagen.

Die Polizei (auch das herbeigerufene Überfallkommando) wandte

Vor dem Arbeitsamt in Minden kamen am Dienstag fünf Nazis in Uniform zum Stempeln. Die Kommunisten empfingen sie mit dem Ruf: „Kapitalhunde!“ Das genügte den Nazis, ihre Revolver zu ziehen und blindlings darauf los zu schießen. Eine Stunde später kam es auf dem Marktplatz zu einer neuen Schlägerei, wo Nazis und Kommunisten aufeinander gerieten. Die Polizei griff ein. Die Nazis stürmten in ihre SA-Heim, die Kommunisten wurden abgedrängt. Die Polizei machte dann einen überraschenden Vorstoß auf das SA-Heim. Hier hatten sich die Nazis auf dem Dach schußbereit gemacht. Sie stürmten jedoch beim Angriff der Polizei, die

auf den Dächern und in den Mauerpfeifen Maschinengewehre, drei Stielhandgranaten, Revolver, Totschläger, Eisenreißer, Ziegelsteine und ähnliche Wurfwerkzeuge

vorhand.

Alle diese Vorgänge zeigen, daß die SA planmäßig bewaffnet wird. Die von der Reichsregierung wiederholten Bürgerkriegsreden des Herrn Hitler macht sich damit das fortgesetzte Waffenbestimmen kundig. Aber der Reichsinnenminister rührt sich nicht. Er hält vielmehr, trotz der täglichen Meldungen, die in dem Brief des Reichspräsidenten erwähnten Voraussetzungen für ein Einmarschieren immer noch nicht für gegeben. Gegen diese Gewährungsweise der SA-Truppe muß schärfter Protest erhoben werden. Die Bevölkerung verlangt von den verantwortlichen Stellen, daß sie vor den Revolven des Radangeifers geschützt wird!

für, wie in Braunschweig üblich, wieder einmal gegen die Angegriffenen und nicht gegen die Straßendiebe. Der Ortsvorsitzende des Reichsbanners, Erndt, und der Ortsleiter Reune erhielten schwere Kopfverletzungen, die ihre Lebensführung in das Landeskrankenhaus notwendig machten. Der Jugendführer des Reichsbanners, Lehrer Hedemann, wurde leicht verletzt.

Bauernmulk wegen Zwangsversteigerung

SPD, Pforzheim, 29. Juni.

Zu einem förmlichen Bauernaufruf kam es in der Gemeinde Börsch, wo bei einem Landwirt eine Zwangsversteigerung durchgeführt werden sollte. Die Menge nahm eine drohende Haltung gegen den Gerichtsvollzieher ein, worauf das Pforzheimer Überfallkommando herbeigerufen werden mußte, das den Landwirt, dessen Sohn und einige Demonstranten verhaftete. Auf das Gericht hin, die Verhafteten wurden nach Pforzheim gebracht, roteten sich gegen Abend große Menschenmengen vor dem Rathaus zusammen und verjagten das Gebäude zu stürmen. Die Polizei war anfangs machtlos. Beim Angriff auf das Rathausgebäude wurden fast sämtliche Fenstersteine zertrümmert. Erst in der verurteilten Abendstunde konnte die Polizei die Straßen räumen, wobei sie von der Schusswaffe Gebrauch machen mußte. Einige Personen wurden verletzt.

Sozialdemokratie und Einheitsfront

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am 28. Juni an die Bezirksleitungen folgendes Rundschreiben geschickt:

Werte Genossen!

Aus den Beschlüssen des 38. der SPD, der kommunistischen Führer und der kommunistischen Presse ergibt sich ganz eindeutig, daß die sogenannte antifaschistische Aktion dieser Kreise in Wirklichkeit gar nichts anderes als eine antisozialdemokratische Aktion ist. Ausdrücklich wird erklärt, daß es mit der sozialdemokratischen Führer keine Einheitsfront geben kann. Die Aufforderungen von sozialdemokratischen Kreise, zunächst einmal die gegenwärtige Bestämpfung einzustellen und alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse zu konzentrieren, wurden höflich zurückgewiesen. Ausdrücklich bekräftigt das Rundschreiben der 38. der SPD, daß auch in den gegenwärtigen Kämpfen der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu richten sei.

Darans ergibt sich, daß die SPD, die „proletarische Einheitsfront“, die sie mit Worten predigt, in der Tat gar nicht will. Diese Parole soll nur als Köder dienen, um Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratischen Partei für die SPD einzufangen. Jeder, dem der Gedanke einer echten proletarischen Einheitsfront ernst und heilig ist, muß sich von einem so unehelichen Bündnis enthalten abweisen.

Die SPD, könnte sich, wenn sie wollte, im gegenwärtigen Kampfsfeld gleichmäßig auf den Versuch konzentrieren, die Arbeitermassen zurückzugewinnen, die ihr zu den Nationalsozialisten hinübergegangen sind. Durch solche Kampfesführung könnte sie die Arbeiterklasse mit der Sozialdemokratie auf ein Minimum reduzieren. Will sie das nicht, sondern richtet sie den Hauptstoß gegen uns, so muß auch gegen sie die Eisernen Front als Abwehrfront fest geschlossen bleiben.

Wie wenig ernst es den Kommunisten mit der proletarischen Einheitsfront ist, beweisen zum Überflus auch die neueren parlamentarischen Bestimmungen, namentlich im

Reichsrat zum Reichsrat

Der Reichsrat verabschiedete am Dienstagabend den Reichsstat. Die Regierung wird den Stat durch Notverordnung in Kraft setzen. Das wäre die vierte Notverordnung der Regierung Papen, die bei ihrem Regierungsantritt großspurig verkündet ließ, daß sie ohne Notverordnungen zu regieren beabsichtige.

Der Generaldirektor, Ministerialdirektor Dreht, schickte den Verhandlungen des Reichsrats einen Bericht über die Ausschussverhandlungen

voraus, in dem er unter anderem ausführte:

„Am Anfang begegnet man oft der Vorstellung, die auch in Lausanne herbeiden Ausdruck gefunden hat, daß unsere inneren Schulden, weil sie erheblich geringer seien als die Englands und Frankreichs, uns eine Vorzugstellung im internationalen Wettbewerb einräumen könnten. Das ist leider ein Irrtum.“

Unsere inneren Kriegs- und Vorkriegsschulden waren ebenso hoch oder höher als die Englands und Frankreichs. Weit mehr als 100 Milliarden Goldmark solcher Schulden sind durch die Inflation und minimale Aufwertung niedergebungen worden.

Glaubt denn irgend jemand in der Welt, daß ein Staat oder Volk durch einen solchen Vorgang den lieben Gott um die Kriegskosten befreit hätte? Dadurch ist zwar das Reich als Schuldner entlastet, aber in genau demselben Maße die Belastung der Bevölkerung durch die unmittelbare finanzielle Belastung hinaus, weil sie andere Werte mitgeriffen hat.“

Ausführlich erweiterte Dr. Dreht dann den Umfang der Ersparnisse im Etat.

Nur der kleinere Teil von den Ersparnissen entfällt auf die Reparationen. Auch ohne Reparationen würden die Ausgaben 1932 gegen 1930 und 1928 um 20 % gestiegen. Die gesamten Nettoausgaben des Reichs umfassen 1932 rund 8,173 Milliarden Mark, von denen 1,870 Milliarden Mark auf die Ausgaben für die Liquidation des Krieges entfielen (äußere Kriegsschulden, Kriegsteilnehmer, innere Kriegsschulden), weitere 1,347 Milliarden Mark verteilten sich auf den Schuldendienst und die Ausgaben der Finanzverwaltung einschließlich der Verpflegung, wobei die letzten Ausgaben mit 405 Millionen Mark eingelegt seien.

Im ganzen verblieben für die Sachausgaben des Reichs 1935 5,955 Milliarden Mark. Damit bliebe dem Reich für seine eigenen Ausgaben zusammen weniger, als Frankreich, England oder Amerika jedes allein für ihre Wehrmacht ausgeben.

Besentlich schlimmer hätten sich noch die Einnahmen der Länder und Gemeinden entwickelt.

Die Steuerüberweisungen des Reichs an Preußen seien beispielsweise für 1932 gegen 1930 und 1928 um fast 40 % gesunken.

Entsprechend liege es bei allen Ländern. Der Reichsrat sei nicht in der Lage gewesen, über die Bestimmungen zur Gestaltung der Einnahmen zu beschließen, weil bereits erlassene Ausnahmeverordnungen vorlagen. Die Steuerzuschüsse des Reichs bei der Umsatzsteuer seien für die letzten 200 Millionen Mark äußerst zweifelhaft; auch bei der Lohnsteuer und anderen verdienten die Zuschüsse ein Fragezeichen, so daß insgesamt mit 200 bis 300 Millionen der geschätzten Einnahmen bei gleichbleibender Gesamtsumme nicht gerechnet werden könne. Die Reichsregierung sei sich dieser Gefahrenpunkte durchaus bewußt. Dazu komme, daß weitere Ausgaben auf verschiedenen Gebieten zu erwarten seien und daß, wenn die unbedingt erforderliche Arbeitsbeschaffung jetzt zum Teil im Kreditwege finanziert werde, im kommenden Jahre höhere Beträge zur Rückzahlung fällig würden.

preussischen Landtag, wo sich Nationalsozialisten und Kommunisten im Kampf gegen die Sozialdemokratie zusammenfanden. Man kann nicht erwarten, daß die Parlamente eine proletarische Einheitsfront mit der Sozialdemokratie bilden, wenn man in den Parlamenten mit den Nationalsozialisten eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie bildet.

Darum, Genossen, Augen auf! Jeder politische Genosse weiß, daß erfolgversprechende Verhandlungen nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden können. Lokale Verhandlungen schaffen nur Einigkeit und Arbeit zur Uneinigkeit und Verwirrung. Sie sind deshalb streng zu vermeiden.

Mit Parteigrüß Der Parteivorstand.

Niesenkundgebungen in Breslau

Die Niesenkundgebungen der Eisernen Front haben in Breslau an Lust gewaltig zugenommen. Als am Dienstagabend Paul Böge und Staatsanwalt Dr. Hoegner, Mönchen, im Meschhof sprachen, waren etwa 15 000 Menschen anwesend. Der Terror der Bürgerkriegsgruppen des Gemeinbrüder Seines hat also erfreulicherweise in Breslau die Bevölkerung aufgereizt.

Dr. Hoegner kam in seiner Ansprache auch auf den Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung zu sprechen. Er erklärte unter tosendem Beifall, daß die Drohungen des Reichsinnenministers den Bayern nicht im geringsten imponieren könnten. Man werde einem Reichsminister, falls er nach Mönchen kommen sollte, und versöhnungswillige Reden anstoßen. In Bayern sehr schön, wenn der Reichsminister das Land verlassen hat. Die deutsche Sozialdemokratie werde die Mönchener Regierung solange unterstützen, wie sie die Weimarer Verfassung achtet und treu zum Reichsgehorche.

Paul Böge, von der Breslauer Arbeiterfront, jubelte begrüßt, betonte, daß die Zeit der bloßen Verteidigung vorbei sei. Es gelte jetzt, den Gegner im Angriff zu packen. Böge schloß: Die Fäuste der Eisernen Front würden die deutsche Freiheit schützen.

Der Tod des alten Herziger

Einem Krankenhausbericht nach erzählt von Ernst Jenseberg.

Das Bett mir gegenüber stand nur einen halben Tag leer, daran erinnere ich mich genau.

Der kleine Weisse, der darin gelegen hatte, war am Morgen als „Gebohrer“ entlassen worden. Es war ein blutjunger, schmachtender Mensch, vergarbeiter von Beruf, der — so jung er war — bereits Frau und Kinder, fünf Kinder haben sollte, denen er Hals über Kopf davongelaufen war, als ihm das hässliche Elend über den Kopf zu wachsen drohte. So wenigstens erzählte man es sich bei uns im Saal. Was ihm gefehlt hatte, habe ich vergessen. Es war etwas Tuberkulose, Unheilbares gewesen, das ihn auf seiner wilden Flucht sehr bald zu Boden geworfen und ins Krankenhaus gebracht hatte. Heute morgen war er nach notwendiger Wiederherstellung seiner heimatlichen Gemeinde zur weiteren Behandlung überwiesen und „abgeschoben“ worden, wie man es bei uns nannte. Man hatte seinen Fall noch eine halbe Stunde lang diskutiert, dann waren er, seine Frau und seine Kinder in zugehörig geraten. Sein Name auf der kleinen Tafel über dem Kopfende seines Bettes war ausgelöscht, das Bett frisch überzogen worden, und weiß und schmal stand es wohl einen halben Tag leer. Dann wurde es wieder belegt.

Sa, die Besuchzeit war schon vorüber, und wir waren gerade damit beschäftigt, die Stühle und kleinen Futterpate der lieben „Wohlfahrt“ in unsern Aluminiumkästen zu verkaufen und unsere Blumen ins Wasser zu stellen, als der zwölfjährige Walter, der Jüngste im Saal, dem es außer an einem dreifach gebrochenen Bein auch ein bishen an Verstande haperte, an seinen Eltern eilig von draußen heringehumpelt kam.

„Opa Bussi!“ rief er schon von weitem und war ganz außer Atem — „Opa Bussi, wie trigen jemand zu! Opa! Opa!“, und er rannte von Bett zu Bett und hatte sich in seiner Beschränktheit ungeheuer wichtig. Dann humpelte er eilig wieder nach draußen, um sich nach weiteren, unerhörten Nützlichkeiten umzusehen — das war so seine Art —, und gleich darauf wurden beide Flügel der Saaltür geöffnet und Pfleger Böhme rollte die zweierlei, verdorrte Bohre herein, auf der die neuen Patienten von der Aufnahme herübergeführt wurden.

Die Ankunft eines neuen Leidensgefährten ist in der Einrichtung des Krankenhauses immer ein spannendes Ereignis — ich wenigstens habe es damals so empfunden. Und da wir nicht so krank waren, daß wir nicht hätten neugierig sein können, sahen wir doch aufgereizt in den Betten da, um nichts von dem Einzug zu verpassen.

„Hoffentlich bringen Sie uns etwas Nettes, Junges, Herr Böhme!“ rief Herr Salomon neben mir dem Pfleger zu, der die Bohre vorsichtig durch den Mittelgang nach dem freien Bett dirigierte, wo er sie bestimmt aufsteht, und Herr Salomon sprach für uns alle dem etwas Nettes, Junges — etwas Nützliches.

ung konnten wir jederzeit gebrauchen, obwohl nicht zu leugnen war, daß es bei uns — namentlich in den Abendstunden — bereits äußerst munter herging.

Als Pfleger Böhme jedoch das Verbot der Bohre zurücksetzte, gab es eine kleine Entzündung. Der Neue war ganz und gar nicht jung und nett. Es war ein jammervoll schwaches, graufälliges Wesen — ein alter Mann mit eisgrauem Bart, hinfällig, verwildert, mit einem leichten, fast grauem Gesicht, in dem die Augen tief in die Höhlen zurückgesunken waren. Von ihm war wohl keinerlei Lustnahrung zu erwarten.

Obwohl er nicht eigentlich klein zu nennen war, hob Pfleger Böhme ihn wie ein Kind von der Bohre, so entsetzlich mager war er. Seine Arme und Beine waren gelblich dünn, sein Rücken war über und über mit Pfälsern bedeckt — wir konnten es sehen, weil er ein sogenanntes Pfälserhemd trug, das hinten offen war. Er wurde ins Bett gelegt und zugebuddelt, wurde nach Namen und Alter gefragt, was Böhme mit großer Mühe aus ihm herausbekam. Dann lag er da, bärig, faßl und höhlwängig und teilnahmslos gegen alles, was um ihn her vor sich ging, und starrte gegen die Decke.

„Bist du in bösen Dämonen bist du mir“, sagte Opa Bussi vorwurfsvoll, „legst mir nicht mal 'n goben Dag!“

Nachher hat Böhme uns dann die Sache mit Herziger — so hieß der Neue — erzählt.

Der Alte — es war ein gänzlich unbekannter Landstreicher — war in einem Zustand fester, tierischer Verkommenheit irgendwo in der Altstadt auf einem Dachboden aufgefunden worden. Abnusselnde Hausbesitzer hatten ihn unter allem möglichen Gerumpel aufgefunden und die Polizei alarmiert, und die Polizei hatte das böse getan, um den fast schon Verwunderten in das Krankenhaus zu bringen und ihn zu retten, was irgend noch zu retten war. — Sauber geachtet, mit Pfälser bedeckt und mit einem reinen Dreck versehen lag er nun im Bett des kleinen Weissen; aber wer ihn sah, dem konnte kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Rettung zu spät gekommen war und daß der alte Kunde hier in Reinlichkeit und Belle nur eben das vollenden konnte, was ihm in seinem Bodenwinkel nicht vergönnt gewesen war: einfach zu verfaulen und in das große, erlösende Dunkel einzuliegen, in dessen Erwartung er sich krank und elend wie ein Hund in sein finstres Versteck zurückgezogen haben mochte. — Er war so schwach, daß er nicht einmal mehr die dünne Suppe hinunterzuschlucken konnte, die Pfleger Böhme ihm vermittelt aus Schmelzstücke einzuflößen verfuhrte.

Als Doktor Ritter bei der abendlichen Visite an Herzigers Bett trat, um sich, wie es bei den Patienten üblich war, nach seinen Beschwerden zu erkundigen, drehte ihm der Alte nur die Augen auf, ohne zu antworten. Auf eine zweite Frage hoberte er mühsam etwas auf, sagte, daß er noch niemand gesehen

standen wurde, und erst nach verzweifelter Anstrengung gelang es ihm, sich verständlich zu machen.

„Was fehlt Ihnen?“ fragte der Arzt, und der Alte krächzte so laut, daß es schließlich der ganze Saal zu hören bekam: „Die Gesundheit! Die Gesundheit!“

Dann tat die Nacht ...

Die Nacht, ohne daß etwas Außergewöhnliches geschah. Opa Bussi verzehrte wohl, wie immer nachlässig, sein halbes Duzend Brotkrumen und trank drei Becher Tee dazu, schlief dann aber wieder ein und konnte nicht verhindern, daß Babber Schwanz auf die Decke wieder das Nachschlafen benutzte, das er, Opa Bussi, ausschließlich für seine eigene lebhafteste Bedienung zum Pfleger hatte bringen lassen, und als Nachschlafener lange frei am nächsten Morgen mit Thermometer und Pulszähler an das Bett des kleinen Walter kam, stellte sich heraus, daß der Junge auch in dieser Nacht wieder mit der Flasche zwischen den Beinen eingeschlafen war, was auf daselbe hinauslief, als wenn er sie überhaupt nicht benutzt hätte, denn die Flasche war leer, das Bett aber — zur ehrenden Entrüstung aller, die es sahen — völlig durchnäscht. Etwas Übergebliebenes war damit jedoch nicht geschehen, und auch der alte Landstreicher hatte, wie es schien, eine ruhige Nacht gehabt. Im Bericht des Pflegers stand nichts über ihn verzeichnet.

Am Morgen lag er an zu rücken ...

Nachher, mal der Mut so! rief Opa Bussi aufgereizt zu ihm hinüber, aber er glaubte nicht anders, als Herziger läge sich eins zurecht; aber Herziger hörte nicht, und in seiner Brust fuhr es fort, auf unheimliche, hohle Art zu raseln und zu rumoren.

Es war das erste Mal, daß ich so etwas hörte. Herr Salomon, der als alter Frontkämpfer mit dergleichen Geräuschen wohl vertraut sein mochte, sagte indes sofort, daß Herziger es ja mächtig eilig habe ... Er, Adolf Salomon, kenne das Geräusch aus dem ff und gäbe dem alten Kunden keine zwölf Stunden mehr ... Ja, der habe wohl bald überstanden. „Was sagen Sie, Herr Salomon?“

Pfleger Malschewsky sagte daselbe, und so mußte die Sache schon ihre Richtigkeit haben. Im ganzen genommen und mit den Augen des Aufstehenden betrachtet, ist es nun wohl eine lebenslange und gewissermaßen fromme Situation, mit einem Sterbenden so weit an Bett zu liegen; aber im Krankenhaus muß man sich an viele seltsame Dinge gewöhnen, nicht zuletzt auch an das Röcheln eines Todeskranken, und wir gewöhnten uns daran, ohne daß uns besonders fromm oder innerlich dabei zu Sinn war. Auf den kleinen, schlaflosen Walter machte das Raseln und Rumoren allerdings einen so schauerlichen Eindruck, daß er, sobald er angeordnet war, zur Tür hinausgumpelte und eben, der ihm so früh schon in die Quere kam, mit verlagender Stimme davon in Kenntnis setzte, daß der alte Mann jetzt sterbe und schließlich am nächsten Tag! Man sollte kommen und es sich ansehen, aber schnell! Schnell! Sonst ginge er schon vorher tot!

Dann nahm der Vormittag seinen geregelten Verlauf. Nach dem Morgengrauen ging Pfleger Malschewsky reibend, um die Betten zu machen. Der Saal wurde geäubert. Wir selber wurden abgewischt, denn es war der Tag, an dem der Vorhau

in Haus 2 seinen Rundgang machte. Die Visite kam ... Herr Salomon, der mit doppeltem Bruch des Kniegelenks und ein gequält im Bett lag, rief die Heiden zusammen, als die Visite ihm traten — das trug er noch vom Kommiß so in sich —, und Wilhelm Sumpf bekam endlich die ersehnte Erlaubnis, aufzustehen, da seine zahlreichen Knochenbrüche, Wundergüsse und Kontusionen, die er sich bei seinem Sturz in den Raum auf dem Dapag-dampfer „Resolute“ zugezogen hatte, hinlänglich verheilt waren. Am Bett des alten Landstreichers verhielten sich die Ärzte schweigend. Sie kontrollierten die Verfaulung, probierten die Augenreaktion, nahmen Kenntnis von seinem Abwägen, ließen den Oberpfleger schließlich etwas Barmherziges seinem Nachschlaf zuwenden und gingen zu den nächsten Patienten über. Opa Bussi, Babber Salomon, Galtner Ritter mit der Nachschlafmittel, ihnen allen ging es samt und fonsers gut. Walter aber bekam wegen seines wiederholten Vergebens mit der Flasche zwischen den Beinen Verweis: Zum Donnermetter ja, er sei doch schon ein großer Junge! — und um ihn vor der Verurteilung zu bewahren, die Flasche überhaupt erst zu benutzen, notierte der Oberpfleger für ihn ein trockenes Salzprot auf die Nacht, das würde schon helfen.

Zu Mittag verfuhrte man noch einmal, den röchelnden Herziger aus der Schnabellasse zu füttern; er wehrte mit schwachem Kopfschütteln ab, und kurze Zeit später meinte Herrmann Klüh, es wäre jetzt wohl bald so weit; er habe ja schon einen Seilschein ...

Dies war während der Mittagsruhe. Die Fenstervorhänge waren geschlossen, und als ich, verwundert über Herrnmann und den „Seilschein“, nach dem Bett des alten Herziger hinüberlief, sah ich in dem herrschenden Dämmerlicht das bittende Gesicht des sterbenden Landstreichers felsam gelblich und mühsam in den weißen Kissen liegen. Seine Konturen hatten sich verflüchtigt, die Haut sich gelöst, die Augen schienen wemöglich noch tiefer in die Höhlen zurückgesunken zu sein. ... Das Sterbende aber war, das war das dem „Seilschein“ im Laufe des Vormittags ein „Antsch“ geworden war, anders läßt sich die wunderliche Veränderung, die mit dem Sterbenden vor sich gegangen war, nicht bezeichnen, und auf diesen fremdartigen, unheimlichen Eindruck mochte Herrmanns „Seilschein“ sich auch wohl beziehen. Es war jedenfalls der letzte Eindruck, den ich von Herziger bekommen habe, denn gegen 4 Uhr nachmittags erliefen Doktor Ritter zu einer letzten Untersuchung, und das Ende war, daß Herzigers Zeit mit Silbe einer innerlichen Konstitution auf Räder gelegt und ins Behandlungszimmer hinausgeführt wurde.

Am nächsten Morgen rannte Walter lauchend von Bett zu Bett — er lachte und hatte sich wohl toll. Dann fädelte er sich in trübsinniger Hast die Treppen hinauf, um das Auerhöre auch oben zu berichten: Herzigers Tod.

Der Alte hatte die Nacht noch überlebt und war erst gegen Morgen gestorben. Wir erfuhr es von einem der Pfleger. Die genaue Minute seines Todes stand nicht fest, und so war es dem alten Kunden doch noch gelungen, sich unbemerkt auf seine letzte Wanderfahrt zu stellen, wie er es wohl im Sinn gehabt hatte, als er sich in seinen Bodenwinkel verfracht.

Der Wortlaut der neuen Notverordnung

W.B. Berlin, 29. Juni.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

2. im übrigen nur im Einzelfalle.

Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

2. Das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen politischen Vereinigung darstellt, darf von den Landesbehörden nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Bestehende allgemeine Verbote dieser Art treten außer Kraft.

3. Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Absatz 1 Nummer 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Wenden oder Aufhebung ersuchen. Ent-

spricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

§ 2.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung darstellt, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 3.

Plakate, Flugblätter und Flugschriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgerufen oder angereizt wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Aufändig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Verordnung über Versammlungen und Aufzüge

W.B. Berlin, 29. Juni.

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausrichtungen vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt 1 S. 297) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

1. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

2. Sie können im Einzelfalle verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Aufändig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

3. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung abwichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

4. Ausgenommen sind gewöhnliche Leichenbegängnisse, die hergebrachten Rüge von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Vitzgänge und Wallfahrten.

Staatspräsident Bolz rechnet mit Nazis ab!

SPD. Stuttgart, 28. Juni. Der Württembergische Landtag behandelte am Dienstag die nationalsozialistische Anfrage an die Regierung, mit welchem Recht sie sich dem Verbot der Ministerpräsidenten von Bayern und Baden gegen die Reichsregierung anschließen habe, ob die Teilnahme des Staatspräsidenten Bolz an der Fahrt zum Reichspräsidenten vom Staatsministerium beschlossen wäre, ob es die Stellungnahme von Bolz zum NS-Verbot gebilligt hätte und welche Maßnahmen sich Württemberg nach der Aufhebung des NSL- und Demonstrationsverbots vorbehalten habe.

Staatspräsident Bolz

benutzte die Gelegenheit zu einer gründlichen Abrechnung mit den Nationalsozialisten. Er bezeichnete es als ein billiges Vergnügen, über die „geschäftsführende Regierung“ zu wachen und ihr Recht zur politischen Führung und Vertretung des Landes zu betonen. Sie sei zur Zeit die verfassungsmäßige Regierung, und zwar ohne jede Einschränkung. Sie sei nur dem Landtage als Ganzes für ihre Handlungen verantwortlich, habe aber keineswegs zuvor etwa sich der Zustimmung des Landtagspräsidenten zu ihren Absichten zu verschreiben. Der Landtagspräsident sei überhaupt keine politische Funktion, sondern hätte nur die Geschäfte des Landtags zu leiten. Die Ministerpräsidenten hätten — so fuhr Staatspräsident Bolz fort — begründeten Anlass zu ihrem Schritt, nachdem namentlich in der nationalsozialistischen Presse die Einsetzung von Reichsministern in den Ländern und die Verhängung des Ausnahmezustandes gefordert worden war und nachdem die Beziehungen der Nationalsozialisten zur Reichsregierung ungewiss und sehr intimer und besser waren als unsere eignen.

Wir haben uns auch gegen die Benachteiligung der süddeutschen Wirtschaft in Berlin wenden müssen, als wir sahen, wie stark von der neuen Regierung Großgrundbesitz und Großindustrie bedroht wurden. Wir wandten uns gegen die Aufhebung des NSL- und Uniformverbots sowie gegen die Freigabe der Demonstrationen mit Rücksicht auf die Folgen, die sich daraus ergeben müßten.

Die rechtliche Befugnis der Länderregierungen zum Verbot von Demonstrationen werden übrigens auch von der jetzigen Reichsregierung gar nicht bestritten, sofern die sachlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Wenn jemals, so findet sie jetzt gegeben, wo die politische Leidenschaft sich verschärft hat. Wir haben gar nicht die Absicht, dem Reich Opposition zu machen. Wir hegen uns seinen Anordnungen, aber voraussetzungslos wird es selbst jetzt die neue Bestimmung treffen, daß die Versammlungen anmeldungspflichtig gemacht werden und daß die Polizei das Recht hat, Auflagen für ihre Durchführung zu machen und Verbote auszusprechen. Was wir in Berlin in dieser Sache vortragen, war objektiv und sachlich nach allen Seiten und kann von keinem vernünftigen Schwaben angefochten werden.

Bolz wandte sich dann gegen die Politik der Reichsregierung im allgemeinen, die im Augenblick, wo sie die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte für dringend nötig erklärt, selbst eine Politik einleite, die das direkte Gegenteil herbeiführe.

Mit dieser Politik sei keine Sammlung der Volksträfte möglich. Wenn man die Nationalsozialisten ihren Kräften auf die Straße führen lasse, so müsse das zu Konflikten führen, bei denen das Blut vergossen nicht aufhöre, für das das Reichsministerium nicht verantwortlich sei. Denn ihre Politik gebe alle vernünftigen und sachlichen Gründe preis, weil sie durch die Nationalsozialisten verlangt jetzt von der Reichsregierung das Verbot der Kommunistischen Partei. Er habe den Reichsminister drängen, daß er gewarnt. Wohl biete die SPD durch ihr Verhalten die Rechtsgrundlage dazu, aber es sei politisch im höchsten Grade unweismäßig. Die Rede von Bolz machte starken Eindruck und fand lebhaften Beifall.

Napen-Notverordnung - eine katastrophale Maßnahme!

Erklärung des sächsischen Innenministers

SPD. Dresden, 28. Juni. Der Rechnungsausschuß des Sächsischen Landtages lehnte am Donnerstag mit den Stimmen der SPD, KPD und Staatspartei einen zwischen Regierung und evangelischer Kirche abgeschlossenen Vergleich über die Staatsleistungen an die evangelisch-lutherische Landeskirche als zu ungünstig für den Staat ab.

Im Haushaltsausschuß A des Landtages erklärte der Innen- und Arbeitsminister Richter bei der Beratung des Haushaltsplans, die Reichsnotverordnung vom 15. Juni sei für Sachsen eine katastrophale Maßnahme. Die Kürzung der Sozialrenten werde den Aufwand an Unterhaltungen der Bezirksfürsorgeverbände beträchtlich erhöhen, so daß lediglich eine Verschiebung der Lasten eintrete. Allein bei der Landesversicherungsanstalt rechnet man mit einer Minderausgabe für Renten von etwa 20 Millionen Mark.

Die Reichsverordnung habe die Arbeitslosen und Arbeitsunterstützten zum großen Teil sogar unter die Güte der Wohlfahrtsunterstützung herabgesetzt.

Die sächsischen Nichts für die Wohlfahrtsunterstützung verträgen keinerlei Senkung mehr. Andererseits komme auch keine Steigerung in Frage. Die sächsische Regierung habe neuerdings eine Landesbesprechung im Reichsarbeitsministerium über diese Frage angeregt, um das Schlimmste abzuwenden.

Schließlich teilte der sächsische Innenminister noch mit, daß das Reich entgegen früheren Gaben für Schulkindern keine Mittel mehr zur Verfügung stelle. Nach teilweise sehr feierlicher Aussprache nahm der Landtag in namentlicher Abstimmung mit 44 Stimmen der SPD und

5. Eine Anordnung nach Abs. 2, 3 kann nach den Bestimmungen des Landesrechtes angeordnet werden.

§ 2.

1. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. Wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Umgehung der Anmeldung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;

2. Wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt.

2. Mit Geldstrafe bis zu 150 M wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind.

3. Die Vorschriften des Abs. 1, 2 sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eingetreten ist.

§ 3.

Mit Geldstrafe bis zu 150 M wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung (§ 1 Abs. 3) nicht sofort entfernt.

der KPD, gegen 27 Stimmen der meisten bürgerlichen Parteien bei einigen Stimmenhaltungen einen Antrag an, in dem die Regierung beauftragt wird,

der Reichsregierung gegenüber das schärfste Mißtrauen des Sächsischen Landtages zu bekunden.

Die Nationalsozialisten hatten sich vor der Abstimmung entfernt und demaskierten sich dadurch wieder einmal.

Einstimmig angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, bei der Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Notverordnung der Regierung von Papen scharfsten Einspruch zu erheben,

mit dem besonderen Ziel, die Kürzung der Unterhaltungsätze bei der Arbeitslosen- und Arbeitslosenunterstützung zu machen und alle Maßnahmen, die eine Befreiung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden. Ferner soll sich die Regierung mit allen Mitteln einer weiteren Herabsetzung der Fürsorgeleistungen widersetzen.

Reichhaus französischer Patrioten

Zeitungsindustrie flüchtet nach England

W.B. Paris, 28. Juni. — In der Kammer wurde heute die Debatte über die Zeitungsindustrie fortgesetzt. Der Abgeordnete de Laforest erinnerte daran, daß es in Frankreich vor einigen Monaten noch 1800 000 ausländische Arbeiter gegeben habe, davon allein 500 000 in der Umgebung von Paris. Er verlange den Schutz der einheimischen Arbeiter.

Der sächsische Abgeordnete Brom ging auf die Arbeitslosigkeit in der sächsischen Zeitungsindustrie ein und verlangte für das Elsass ein Arbeitsgebiet etwa nach Nordafrika hin.

Nach ihm sprach der sozialistische Abgeordnete Lebas aus

AUS ALLER WELT

Brand im Opernhaus

W.B. Hannover, 28. Juni. Heute nachmittag brach aus bisher unbekannter Ursache in der Festengarderobe des Sächsischen Opernhauses ein großer Brand aus, der sich rasch ausbreitete und den südlichen Teil des Gebäudes in mächtige Rauchwolken hüllte. Der Brand konnte erst nach zweifelhafte Bemühungen der Feuerwehr niedergelämpft werden, da man nur mit schweren Gasdruckgeräten an den Brandherd herankommen konnte. Drei Feuerwehrleute zogen sich schwere Rauchvergiftungen zu. Ein Teil der Garderobekränke ist ausgebrannt. Schätzungsweise ist ein Fünftel der Garderobe verloren gegangen.

Fischkonjunkturfabrik in Flammen

Auf dem Fabrikgelände der Fischkonjunkturfabrik in Etzen kam am Dienstagfrüh um 6 Uhr ein Feuer zum Ausbruch, das schnell um sich griff. Der Fabrikkomplex bündelte bald ein einziges Flammennetz. Als die Wehr aus Friedebahn eintraf, war das Fischkonjunkturlager bereits ausgebrannt.

Nach dem Urteil im Elstereprozess

Leo und Willi Elstere haben Dienstag nachmittag nach ihrer Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis im Aufbruch an die Arbeitsunterstützung einen festlichen Zusammenbruch erlitten, der sich insbesondere bei Willi Elstere, auf dessen Herz- und Nierenleiden schon während der Verhandlung Rücksicht genommen werden mußte, stark auswirkte. Rechtsanwalt Dr. Dindar, der zwecks Rücksprache über die eventuelle Anmeldung der Revision gegen das Urteil ins Untersuchungsgefängnis gekommen war, ließ Willi Elstere von Medizinalrat Evers untersuchen, der dessen Ueberführung in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses anordnete. Leo Elstere hatte andauernde Weintränke, so daß es dem Verteidiger nicht möglich war, mit den Brüdern über die Anwendung des Rechtsmittels gegen ihre Verurteilung zu sprechen. Infolge dessen wird die Entscheidung darüber, ob Revision angemeldet werden soll, erst am Mittwoch fallen, wobei es schon jetzt als ziemlich sicher gelten kann, daß die Elstere sich bei diesem Urteil nicht beruhigen werden.

Meineidsprozess gegen Rechtsanwalt

Vor dem Dresdner Schwurgericht begann am Dienstag ein Prozess gegen den Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Franz Lange, der des Meineids in zwei Fällen beschuldigt wird. Dr. Lange befindet sich seit dem 2. Februar in Untersuchungshaft. Der Angeklagte, der vom Frühjahr 1921 bis zum August 1925 Protokurist der Reichsregierung war, hat sowohl im Dresdner als auch im Berliner Meineidsprozess eine erhebliche Rolle gespielt. Lange hatte seinerzeit behauptet, daß Dr. Lange, der bei der Raiffeisenbank Kreditangelegenheiten zu behandeln hatte, an seinen Geschäftsfreunden getreu sei und von ihm unter anderem Provisionen und Darlehen erhalten habe. Diese Behauptungen wurden von Dr. Lange unter Eid bestritten. Die Angeklagte wirft nun dem Rechtsanwalt vor, in beiden Meineidsprozessen wissentlich falsche Angaben gemacht zu haben. Für die Verhandlung, in der auch Lange als Zeuge auftreten wird, sind mehrere Sitzungstage vorgesehen. Dr. Lange befreit nach wie vor, irgendwelche Zuwendungen oder Vorteile von Lange zu bekommen zu haben.

Die Prozessformale Caro-Welsch

nimmt immer blamablere Formen für die Prozessbeteiligten an. Der Schwiegersohn Caros, der sich als Mitglied bei seiner Verlobung 400 000 M. ausbezahlt ließ, aber die Quittung darüber ausstellen vergaß, weshalb er jetzt nach der Scheidung verfolgt



Partei-Bekanntmachungen

Geschäftsstelle: Große Theaterstraße 44, 1. Etage.
Telefon: 0 4, Dammtor 6021.

Donnerstag, 30. Juni

Eppendorf-Winterhude, Bezirksvertrauensfrauen und aktive Genossinnen im Mariannenheim, Eppendorferstraße 87.
Hamm, Hohn, Borgfelde, Bezirksvertrauensfrauen und aktive Genossinnen bei E. Stoppel, Eppendorferstraße 803, Ecke Kenglersweg.
Leitlerin: Genossin Paula Karpinski.

Versammlungen der S.D.

Strassenbahndepot Sandweg-Langensfelde. Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, öffentliche Betriebsversammlung bei Schulz, Ecke Grund- und Silemstraße. Vortrag: „Kampf um den Marxismus.“ Referent: H. Vogts.

SPD. O-Karten. Donnerstag, 16. Uhr, Versammlung im Klubzimmer 1 des Gewerkschaftshauses.
Hania-Mühle. Donnerstag, 16.30 Uhr, Versammlung aller Parteigenossen bei Dohnsack, Billhorner Brückenstraße.

Erwerbslosengemeinschaften

St. Georg-Nord und -Süd, 16. Uhr, Nagelsweg 73, Vortrag Biehm: „Die politische Lage“. St. Pauli-Süd, 16. Uhr, bei Schornberg, Vortrag Johanne Reiche. Eimsbüttel, 16. Uhr, bei Biehm, Vortrag Eilers: „Kampf um den Angestellten“. Barmbeck-Süd II und III, 15. Uhr, bei Wulfs, Schlesienplatz, Vortrag Reumann: „Selbsthilfe der Erwerbslosen“. Barmbeck-Nord, 16. Uhr, legimäßig bei Eggers, Vortrag bei Böse: „Neue Agitationsmethoden“. Reichenburg, 16. Uhr, bei Brode, Vortrag Lindhardt: „Jugend und Politik“.

Sozialdemokratischer Verein Altona

3. Distrikt. Sitzung der Distriktsleitung mit Bezirksführern am Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr, bei Wilsdorf, Große Rosenstraße 65.
Sitzung der Distriktsführerinnen am Freitag, 1. Juli, 20 Uhr, im Parteibüro.

Sozialdemokratischer Verein Wandsbek

Sitzung des Vorstandes am Freitag, 1. Juli, 19.30 Uhr, im Volkshaus.
Sitzung des Vorstandes und der Bezirksführer, am Freitag, 1. Juli, 20.30 Uhr, im Volkshaus.



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäftsstelle: Holtenauer 29, parterre.
Geschäftszeit: von 8 bis 12 Uhr und von 10 bis 12 Uhr.
Sonnabends 8 bis 12 Uhr. Telefon: 14 4, Holtenauer 217.

Preis Hamburg-Jungb. Die Abteilungsleiter wollen umgehend den Bedarf an Verbindungen mitteilen.
4. Bez. Eppendorf. Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, Bezirksführer, Turnhalle Nagelsweg. Korpsführer bestellern!

Gau Schleswig-Holstein.

Reichsbanner Altona. Versammlung Freitag, 1. Juli, 20 Uhr, bei Gah, Rietel Straße 54. Referent: Gauleiter Rainerd Helm, Rietel.

Reichsartell Repphölz a. B.

W. M., Altona. Die Abrechnung des 2. Quartals muß von allen Kameradschaften bis zum 8. Juli beim Hauptkassierer eingeleitet werden.

dem Norddepartement, der dagegen protestierte, daß gewisse französische Textilindustrie des Norddepartements, denen in Folge des englischen Schutzes der englische Markt verschlossen sei, ihr

Fabrikmaterial einfach nach England befördern ließen. Dieses Material sei ihnen nach dem Kriege von Staats wegen wieder aufgebaut worden und durch die Flucht nach England begingen sie ein Verbrechen am Vaterlande. Abgeordneter Lebas sprach im übrigen für die 40-Stunden-Woche und wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß bei dem 8-Stunden-Tag in Frankreich die Leistungen um 44 % gegenüber dem 10-Stunden-Tag gestiegen seien.

Merkwürdiger Vorgang in Spanien

Madrid, 29. Juni. Bei der Inspektion eines Regiments verurteilte ein Oberleutnant (nach anderer Meinung war es der Oberleutnant und Regimentskommandeur) den Soldaten auf die Republik. Der Offizier wurde abgeführt und verhaftet. Im Zusammenhang mit der Aufhebung des Offiziers wurden am Dienstag die

Generäle Villegas und Ubaldo abgesetzt.

Diese Maßnahme kam völlig unerwartet und hat in Militär- und Zivilkreisen große Aufregung verursacht.

Die Umsturzversuche des Amtes Streik-Alt am letzten Sonntag hatten folgendes Ergebnis: Es wurden abgegeben: für die SPD, 2061, KPD, 705, NSDAP, 2171, KDDP, 1104 Stimmen. Die Mandate verteilen sich wie folgt: SPD, 6, KPD, 1, NSDAP, 8, KDDP, 3.

ist, hat im Weltkrieg nach anfänglichem Frontdienst allerlei Verspottungen innegehabt und ist schließlich fest von Dr. Caro beschuldigt worden. Darüber kam es nun auch zu Auseinandersetzungen wegen der Art und Weise, wie sich zwischen Pöbel und der Tochter Caros die Leidenschaft entzündet hat. Wera Caro habe ihm, so erklärte Pöbel, eine Liebesgabe ins Feld geschickt und daraus sei eine Korrespondenz entstanden. Später habe er seine ehemalige Frau in Wien kennengelernt. Caro habe damals nichts gegen die Verlobung gehabt und sogar geäußert: „Dir gebe ich sie gern.“ Vorstehend: „Wera Sie darüber im Bilde, daß Sie sich mit der Tochter eines bekannten Mannes verlobten?“ Pöbel: „Das ist zuviel gesagt. Ich habe mich nur für die Tochter interessiert und mich niemals nach den Verhältnissen ihrer Familie erkundigt.“ Rechtsanwalt Dr. Dindar: „Das kann ich mir nicht vorstellen. Sie mußten doch als Eheleute Geheimnisse voneinander wissen.“ „Es gibt ja schließlich eine ganze Reihe von Verfahren zur Gewinnung künstlichen Stichtoffs.“ Professor Ulsberg: „Aber ich bitte Sie, Sie haben doch im Felde mit den Ergebnissen ihres Schwiegersohns geschossen. War Ihnen das auch unbekannt?“ Pöbel: „Ja, allerdings. Wenn ich hoch achte ich nur auf das Schießen.“ Ulsberg: „Der Zeuge stellt sich so hin, als ob er das Pulver erfinden hätte und will uns dann weismachen, daß er nicht gewußt habe, daß sein Schwiegersohn der Erfinder des Stichtoffs ist.“ Dr. Pöbel misdergibt, worauf es zu lebhaften Zusammenstößen zwischen den Parteien kam.

Verheißene Jugendliche wegen Selbstlages verurteilt

Das Landgericht Berlin I fällt am Dienstag nachmittag das Urteil gegen den 17-jährigen Spermid und den 22-jährigen Rühlow, die den Frauengeshändler Meyerhardt im Februar erschlagen und beraubt haben. Beide wurden wegen gemeinschaftlichen Selbstlages mit verurteilt schweren Raub verurteilt, und zwar Spermid zu 6 Jahren einen Monat Gefängnis und Rühlow zu 12 Jahren einen Monat Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Die Missetat war eine Folge der Nazi-Judenhete. Spermid und Rühlow gehörten früher dem Bismarckbund an. Später schlugen sich beide zu den Nazis. Spermid war auch zeitweilig in der SA. Vor Gericht sagten beide, in Tränen aufgelöst: Wir dachten uns, Meyerhardt ist ein Jude. Er faugt die Arbeiter aus, ihm kann man Geld wegnehmen. Dem sollte man es zeigen.

Der Draf verlobt sich...

Daily Herald kann aus nationalsozialistischen Kreisen berichten, daß Frau Winifred Wagner, die Witwe Siegfried Wagners, sich mit Adolf Hitler verlobt hat. Weder eine Verheiratung noch eine Befähigung ist bisher aus dem Brautpaar bekannt. Winifred Wagner, Engländerin von Geburt, ist seit langem eine große Bewunderin Hitlers.

Kurze Chronik

Bei einem schweren Gewitter in Ostfriesland wurden zwei auf dem Moor tätige Arbeiter vom Blitz erschlagen; ein dritter wurde schwer verletzt.

Die spinale Kinderlähmung, die in Groß-Ottersleben bei Magdeburg ausgebrochen ist, hat ihr erstes Todesopfer gefordert. Eines der kranken Kinder ist im Krankenhaus gestorben. Die Seuche hat auch auf Magdeburg übergegriffen. In Groß-Wüddel bei Stendal überlebte der 33-jährige Arbeiter Fritz, der am Dienstag früh im Bahnhofsgelände arbeitete, das Herannahen eines Schnellzuges. Er wurde von der Waghine erfasst und getötet.



Wichtig
für jeden Herrn -
Richtig
kauft jeder gern

Anzüge

aus guten Stoffen,
in solider Her-
stellung, 1- und
Zweihäufige Formen

16⁷⁵

Anzüge

aus guten wider-
standsfähigen Stoffen,
meist reinwollene
Qualitäten, vorzüg-
liche Verarbeitung

22⁷⁵

Anzüge

reines Kammgarn,
vorzügliche Innen-
ausstattung, tadel-
loser Schnitt

29⁷⁵

Mäntel

Gabardine, reine
Wolle, blau und
farbig, in Schlupfer-
Form

19⁷⁵

Mäntel

Gabardine, reine
Wolle, ganz auf
Kunstseide, eleg.
Form

28⁷⁵

Mäntel

Gabardine, reine
Wolle, vorzügliche
Qualität, hervor-
ragend. Ausstattung

38⁷⁵

Golfhosen

widerstandsfähige Stoffe, gute
Näharbeit

3⁹⁰

Golfhosen

besonders gute Qualitäten,
tadellos Schnitt

5⁹⁰

Golfhosen

reinwollene Stoffe, meist eigene
Herstellung

7⁹⁰

Deshalb zu
KARSTADT
Mönckebergstrasse

Verkauf im 2. Stock

Was die Hausfrau braucht kauft sie gut und sehr billig bei Tietz

Glaswaren

Käseglocken	0.95
geschliffen	
Butterglocken	0.65
geschliffen	
Kompott- oder Erdbeerschalen	0.65
Traubenschiff	0.35

Limonadenservice	1.85
hellblau Kunstglas, 7teilig	

Portwein- oder Likörgläser	0.15
teils farbig	
St.	

Kugelvazen	0.25
farbig Kunstglas, Stück 0.50 0.35	

Weißwein-, Rotwein-, Portwein- oder Likörgläser	0.20
geschliffen oder graviert	
Stück	

Likörfaschen	0.50
geschliffen	

Kunstglas-Schalen	0.95 0.75 0.50
auf 3 Füßchen, hell- blau, rosa oder grün	

Porzellan

Goldrandtassen	0.18
mit Untertassen, flache Form	
Tasse dünn, mit Untertasse, flache, geschweifte Form, mit Goldrand oder Blauwand	0.25

Kaffeeservice	1.95
Porzellan, für 6 Personen, Streublu- menmuster, 15teilig (mit Teller)	
2.95, 9teilig	

Teekannen	0.50
groß, mit Goldrand oder bunt	

Kaffeekannen	0.95
groß, mit Goldrand od. Goldstreifen	

Kaffeeservice	3.95
Porzellan, m. dünnen Tasse, aparte Muster für 12 Personen, 45tlg. 19.75	
15 „ mit Teller 5.90	
für 6 Personen, 9teilig	

Eierbecher	0.10
mit Goldrand oder farbig	

Tafelservice	9.90
Porzellan, runde Form, Streublu- menmuster, für 12 Personen, 45tlg. 19.75	
für 6 Personen, 23tlg.	

Tafelservice	17.50 31.50
Porzellan, mod., runde Form, apartes Muster, mit Mattgoldhenkel und Knopf	
für 6 Personen, 23teilig	

Sammelgedecke	0.48
(dünne Tasse m. Teller) Porzellan, apart. Formen u. Muster, teils mit Mattgoldhenkel 0.68	

Frühstücksgedeck	0.35
dünne Tasse m. Teller, Porzellan, Streublu- menmuster	

Obst- oder Kuchenschalen	0.35
rund, Streubluemenmuster. 0.65, 0.50	

Milchtöpfe	0.68
für 1 1/2 Liter Inhalt, Blumenmuster oder farbig	

Butterglocken	0.75
für 1/2 lb. Inhalt, mit Goldrand	

Gebäckdose	0.95
Porzellan, farbiges Spritzdekor und Metallgoldverzierung	

Unsere Preise für Glas, Porzellan und Haushalt-
waren sind niedrigst gestellt, unsere Qualitäten
haben sich seit vielen Jahren bestens bewährt.

Echt Bleikristall

handgeschliffen

Traubenspüler	1.75
breite Form, moderner Mattschliff	
Erdbeer- oder Kompottschale	3.75
groß, reicher Sonnenschliff	

Bonbonnieren	0.95
2teilig, reich geschliffen 3.50, 2.45	
Kompottschalen	1.35
reich geschliffen 2.95, 1.75	

Käse- oder Butterglocken	2.95
Blumen- od. Sonnenschliff	
Blumen- vase	0.88
ca. 20 cm hoch	

Kompotteller	0.85
reich geschliffen 1.65	
Kuchenteller	2.50
geschliffen 5.90	
Konfektkörbe	1.75
mit Bügel, reich geschliffen 2.50	

Kuchenteller	2.50
geschliffen 5.90	
Konfektkörbe	1.75
mit Bügel, reich geschliffen 2.50	

Kompotteller	0.85
reich geschliffen 1.65	
Kuchenteller	2.50
geschliffen 5.90	
Konfektkörbe	1.75
mit Bügel, reich geschliffen 2.50	

Kuchenteller	2.50
geschliffen 5.90	
Konfektkörbe	1.75
mit Bügel, reich geschliffen 2.50	

Steingutwaren

Obertassen	0.05
flache Form, weiß	
Tassen mit Untertassen	0.10
bunt oder weiß	

Essteller	0.10
bunt oder weiß	
Frühstücksteller	0.07
bunt oder weiß	

Kakaokanne	0.85 0.65
mit modernem Spritzdekor, vernickelter Siebdeckel	

Satz Schalen	0.50
bunt, 5teilig	
Satz Schalen	0.68
weiß, 7teilig 0.95, 6teilig	

Milchtöpfe	0.48
mit modernem Spritzdekor 0.75 0.65	
Brotplatten	0.18
viereckig, bunt oder weiß	

Vorratsschrank	5.90
Holzgestell mit 12 Schubladen	

Sand-Seife-Joda-Garnit.	0.95
mit Holzgestell, 4teilig	

Waschgarnitur	4.95
5teilig, Becken 40 cm Durchm., mit breitem Poliergoldrand	

Waschgarnitur	1.95
moderne Form, weiß, extra groß, 2teilig	

Seifenkasten	0.25
zum Aufhängen, mit Schrift	

PREISWERTE

REISEKOFFER

Abteil- koffer	7.90
wetterfeste Hartplatte mit umlaufenden Hart- holzbügeln, 8 Vulkanfiberecken und Packgurten, extra hoch, Größe 70 cm	

Abteilkoffer	2.45
dunkel-rote Hartplatte, mit Vulkanfibe- ecken, Springschlösser, 75 cm 4.25, 50 cm	

Abteilkoffer	7.50
Hartplatte mit umlaufenden Holzbugeln, besonders tief, 75 cm 8.50, 65 cm	

Abteilkoffer	4.95
echt Vulkan- fiber, mit starkem Ledergriff 65 cm 7.25, 50 cm	

Wochen- end- Koffer	3.25
Vulkanfiber-Ecken und Packgurte, Gr. 60 cm	

Elegante Abteilkoffer	7.75
schwarz Glanztuch, mit heller Einfassung und Ledergriff 70 cm 9.75, 55 cm	

Blusen- koffer	9.75
Vollrindled. moderne abgerundete Form, mit Innentasche 12.75	

Abteil- Koffer	8.50
schwarz Glanztuch mit heller Einfassung, Größe 60 cm	

Anzugkoffer	19.75
prima Vollrindleder, auf Rahmen ge- arbeitet 24.75	

Hutkoffer	3.50
schwarz Glanztuch, mit farbig. Einfassung gefüttert, Ledergriff	

Mod. Handtaschen	1.95
besonders preiswert, aus versch. Lederarten in Modelfarben Stück 7.75 5.75 3.75 2.85	

Ein Posten elegante Sommer- taschen	0.95
aus farbenfrohen Bastgeflechten Stück 3.90 2.90 1.90	

Stadtkoffer	0.95
Kunstleder, mit Stoffdeckel-Tasche	

FÜR DEN HAUSPUTZ	
Helle reine Kernseife	0.23
Riegel ca. 500 g	
Salmiak-Terpentin-Seife	0.45
bekannt gute Qualität 2 Stücke	
Seifenflocken	0.42
feine weiße Ware Pfund	
Bohnerwachs	0.50
unsere gute Hausmarke Dose 0.95	

Besteck

Kaffeelöffel	0.45
100 gr versilbert	
Eßlöffel oder Gabel	0.85
rostfrei	
Eßmesser	1.65

hochwertiger Bestecke	0.65
mit Ebenholzgriff, Paar nur 0.88	

Speisezimmerkrone	26.00
mit 3 Oberschalen, 70 cm Durchm. Seidenschirm und Blende	

Herrenzimmerkronen	14.50
3fl., m. Schalen 16.50	

Nachtischlampe	2.90
m. Fußschalter und Glaskugel	
Plättchen	3.90
elektrisch, mit Zu- leitung	

Teppichkehrmaschine	3.90
reine Borste	

Eierschrank (Holz)	0.50
für 24 Eier 0.95	
für 16 Eier	
Küchenhocker	2.25
(Holz) starke Aus- führung	

Großer Mop	0.95
mit Dose	

Schwammbehälter	0.95
für die Badewanne, mit Gummischwamm, komplett	
Große Gartengießkanne	0.85
ca. 6 Liter Inhalt	

Toilettesitzwischer	0.78
weiß lackiert (2teilig)	

Papierwaren	
Schrankpapier weiß,	0.23
Rolle 10 Meter 0.35	
Schrankpapier farb. Netztauen,	0.32
Rolle 10 Meter	
Butterbrotpapier	0.45
25/33, fettid., 2 Rollen zu je 100 Blatt	
Toilettepapier „Zelltex“,	1.90
10 Rollen	
Toilettepapier „Hertle“,	0.72
Rolle ca. 500 Blatt, 3 Rollen	
Toilettepapier „Rekord“,	0.95
10 Rollen	
Servietten weiß, gezackt,	0.35
100 Stück	
Tee-servietten 4Farb., sortiert,	0.68
200 Stück	
Küchenborden Rolle ca. 10 Mtr.	0.18
0.25 0.23	
Tortenpapiere	0.48
24 Stück, sortiert	

3 Waggon Emaillewaren

sensationell billig

Mülleimer	1.15
weiß Emaille, mit Aufschrift und Bügel	
Gr. Wassereimer	0.68
Emaille 0.95 0.85	

Maschinentöpfe	0.18
Emaille Stück nur	

Brotkasten	2.90
Emaille, weiß oder dekoriert 6.90	

Wasserkessel	0.45
Emaille Stück	
Große Wanne	0.48
Emaille, oval 0.88	
rund	

Durchschläge	0.48
mit Sieb, Emaille Stück	

Kaffeekanne	0.75
Emaille, ca. 1 1/2-2 Liter Inhalt	
Wasserkannen	0.45
farbig oder weiß 0.88 0.75	

1 Posten Einkaufsnetze	0.50
zum Ausschauen Stück	

Gr. Backhaube	2.50
mit Untersatz, für 1 Pfund Mehl	
Küchenschüssel	0.48
Aluminium tief oder flach	

Messerkasten	0.28
Draht, 3 und 4teilig Stück nur	

Flütensessel	0.88
Aluminium, 2 Liter Inhalt	
Wasserkessel	1.75
Aluminium, 3 Liter Inhalt	

Küchenstuhl	2.90
starke Ausführung Stück	

Brotmaschine	3.50
mit Rundmesser	

Zwiebelbehälter	0.38
Emaille, groß Stück nur	

Wäschesprenger	0.28
Aluminium weiß lackiert, mit Verschluss	
Gebäckkasten	0.68
weiß lackiert, mit Verschluss	

Gummi-Tischtücher	0.88
verschiedene Muster Stück	

Badematte	0.88
Gummi, versch. Muster	

HERMANN TIETZ

Große Mengen Keramikwaren
II. Wahl, wie Tee-, Kaffeeservice, Vasen, Schalen,
einzelne Kaffee- oder Teekannen, Dosen, Kibel,
Tassen, Teller etc. **spottbillig** auf Extraständen
im dritten Stock

BESICHTIGEN SIE UNSERE SPEZIAL-SCHAUFENSTER AN DER POSTSTRASSE

Emaillewaren
mit kleinen Fehlern **außerordentlich
billig** auf Extraständen im dritten Stock

Tages-Bericht

Hamburg

Berlumpung am Speersort

In einer Zeit, in der die für Deutschland lebenswichtigen außenpolitischen Verhandlungen ein Zurücktreten aller innerpolitischen Gegenstände fordern, ist es besonders Pflicht der verantwortungsbewußten Presse, ihre Veröffentlichungen jedes sensationellen Charakters zu enthalten, der unter Entstellung der Tatsachen zu einer Verärgelung der Gegenstände führen muß.

Das ist eine Auffassung, die die Reichsregierung in einer Aufklärungsschrift an die B. Z. am Montag niedergelegt hat. Wie das Blatt, das am unentgeltlichsten die Regierung der Nationalversammlung schließt und schließt, die Hamburger Nachrichten, solche Auffassungen seiner Regierung in die Tat umsetzt, dafür ist, neben andern, in der Dienstags-Abendausgabe folgendes Beweis:

Heute vor 13 Jahren

unterschieden Minister des Zentrums und der Sozialdemokratie das Diktat von Versailles.

Diktat von Versailles

So — fettgedruckt mit diesen Worten hervorgehoben — die Hamburger Nachrichten. Der Zweck ist klar: Zentrum und Sozialdemokratie sollen diffamiert werden. Nach 13 Jahren bringt man am Speersort den traurigen Mut auf, so etwas zu drucken. Vor 13 Jahren war es anders. Es war in der Nationalversammlung. Die Unterzeichnung des Versailler Diktates wurde erörtert. Nur eine Frist von knappen vier Stunden lag zwischen diesen Erörterungen und der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Vor der Abstimmung erklärten die Gegner der Unterzeichnung:

Schiffer (Magdeburg). Im übrigen habe ich zu erklären, daß bei meinen politischen Freunden kein Zweifel in die vaterländische Gesinnung und Ueberzeugung auch derjenigen gelegt wird, die mit Ja gestimmt haben.

Schulz (Bromberg). Die Deutschnationale Volkspartei setzt als selbstverständlich voraus, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt.

Dr. Seitz (Selbstverständlichkeit erkennen wir an, daß auch die Gegner unserer Ansicht nur aus vaterländischen Gründen handeln. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Nach der Abstimmung stellte Präsident Fehrenbach

fest:

Ich stelle fest, mit Genugtuung, daß von verschiedenen Seiten des Hauses anerkannt wurde, daß alle Teile des Hauses, ob Ja, ob Nein, nur aus vaterländischen Gründen sich bei ihren Abstimmungen leiten lassen, getragen von großen Gewissensbedenken, von der ernstesten Auffassung über die Lage unseres Vaterlandes. Ich möchte wünschen, daß der Geist, der sich zum größten Teil in dieser Nationalversammlung fassen ließ, auch in der Zukunft sich auswirken möge. Ich möchte wünschen, daß die deutsche Nation, die in dieser Stunde des deutschen Volkes als das größte Verbrechen bezeichnet, daß von innen heraus an demselben begangen werden könnte (sehr richtig). Ich hoffe, daß man... namentlich in der Presse dafür Verständnis hat.

Als einmütiger Ausdruck dieser Auffassung einigten sich unmittelbar darauf alle Parteiführer auf den bekannten Wortlaut des Auftrages An das Deutsche Volk! Einstimmig wurde der Aufbruch befohlen!

Nach 13 Jahren kommen nun die journalistischen Strauchritter vom Speersort daher und versuchen in gar nicht mißzuverstehender Weise, Sozialdemokratie und Zentrum als die Schuldigen am Versailler Diktat hinzustellen.

Die Herren sollen sich ob der augenblicklichen Konstellation nicht zu sicher fühlen. Es wird die Zeit kommen, in der auch mit solcher aus niedriger Gesinnung kommenden Methode abgerechnet wird. Abgerechnet wird und werden muß, weil ihre Urheber das sind, als das sie in der schwersten Stunde des deutschen Volkes getreten wurden:

Verbrecher am Volk!

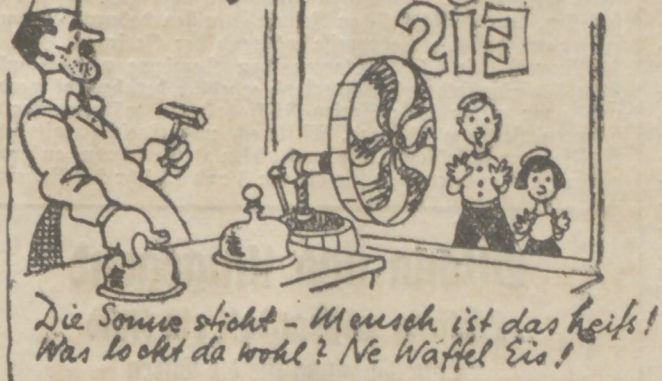
Wahlzettel für die Reichstagswahl

Im Interesse unserer Leser weisen wir nochmals darauf hin, daß Wahlzettel erst nach Aufstellung der Wahlzettel, also nach dem 10. Juli, ausgestellt werden können. Für die hamburgischen Wahlberechtigten, die am 31. Juli aus zwingenden Gründen ihre Wahlrecht nicht in ihrer Wahlzettel ausüben können, ist die Möglichkeit gegeben, schon jetzt schriftlich einen Antrag auf Ausstellung eines Wahlzettels beim Landeswahlamt, Hamburg 8, Seefischmarkt 12, einzureichen. Es empfiehlt sich, den Antrag möglichst frühzeitig zu stellen. Er muß außer dem Vor- und Nachnamen des Wahlberechtigten seine hiesige Wohnadresse und den Geburtsort enthalten; ferner muß angegeben sein, wohin der Zettel nachgeliefert werden soll. Dem Landeswahlamt ist es erwünscht, daß in dem Antrag auf diese Wahlzettel in den Tageszeitungen kurz Bezug genommen wird, da es sich dann für das Amt erübrigt, dem Antragsteller in einem Zwischenbescheid mitzuteilen, daß er den Wahlzettel erst gegen Mitte Juli erwarten kann.

Herabsetzung der Pflegegebühren

Infolge der durch die allgemeine Finanzlage bedingten Kürzung der Haushaltsmittel sieht sich die Jugendbehörde, wie amtlich mitgeteilt wird, zu einer Herabsetzung der Pflegegebühren vom 1. Juli d. J. an genötigt. Die Gebührensätze für die in der Stadt Hamburg und im Umland untergebrachten Pflegekinder im 1. bis 7. Lebensjahr 30 M., im 8. bis 12. Lebensjahr 28 M. und für die auswärtig untergebrachten Kinder im 3. bis 7. Lebensjahr 28 M. monatlich.

Owie verführerisch....



Weiterer Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

Kleinwohnungen bleiben in Zwangsbewirtschaftung

Amtlich wird mitgeteilt:

Die durch die Werte Notverordnung des Reichspräsidenten auf den 31. März 1933 festgelegte Aufhebung des Wohnungszwangsgesetzes gibt die Veranlassung, die Tätigkeit des Hamburgischen Wohnungsamtes planmäßig abzubauen. Zur Vermeidung überhöhter Mieten kann dieser Abbau angelastet der auf dem Gebiete der billigen Wohnungen unzweifelhaft noch bestehenden großen Wohnungsnot und der für die zahlungs-schwachen Mieterkreise besonders empfindlichen Wirtschaftskrise nur schrittweise erfolgen. Wenn der Senat jetzt durch eine Verordnung, die im heutigen Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht wird, die Zwangsbewirtschaftung auf die Wohnungen mit einer Friedensmiete bis einschließlich 400 M. statt bisher 600 M. begrenzt und sämtliche Neubauwohnungen freigegeben hat, so soll diese Maßnahme wenigstens für die billigen Wohnungen und die zahlungs-schwachen Kreise der Bevölkerung den Schutz des Wohnungsmangelgesetzes vorläufig aufrechterhalten. Die Liste der Wohnungszwangsbewirtschafteten wird gemäß der gleichen Verordnung mit Ende dieses Monats geschlossen, da das Wohnungsamt sich von jetzt an nur der dringenden Fälle der bereits eingetragenen Wohnungszwangsbewirtschafteten annimmt.

Die auf Grund des hamburgischen Gesetzes über den Amtlichen Wohnungszwangsgesetz bestehende Anmeldepflicht aller feiernden Wohnungen, die unentgeltlich im Wohnungszwangsbereich veröffentlicht werden, bleibt bis auf weiteres bestehen.

Ein neuer Sportplatz

Groß-Vorfall ist in der glücklichen Lage, unmittelbar an den Grünflächen der Torpedobatterie zu liegen. Daß daher dieser Stadtteil früher einmal ein besonders feierliches Gesicht haben wird, ist klar. Schon jetzt bemüht sich das Gartenamt mit besonderer Sorgfalt um die Gestaltung dieser nordwestlichen Ecke Hamburgs — ein neuer Spielplatz der Öffentlichkeit und der Jugend übergeben werden. Gartenbaudirektor Linde macht es immer besondere Freude, seine Hamburger Jungen und Mädchen mit neuen Plätzen beglücken zu können, und darum war er am Dienstag zur Uebergabe des neuen Spielplatzes am Brädermanns Weg gelöst anwesend. Gemeinsam mit Direktor Harte vom Staatslichen Amt für Lebensübungen wurde die Uebergabe vollzogen. Linde schilderte kurz den Verlaufsplan des Platzes. Entlang der Torpedobatterie, die das Gartenamt der Wohlfahrtsbehörde überlassen hat, wird ein 100-Meter-Laufbahn, 5 Meter breit, 2 Sprunggruben und einem Schachspielplatz in Größe von 70 mal 105 Meter. Die Befestigung des Schachspielplatzes ist der erste von vier Versuchsplan, den die Baubehörde unternimmt, um einen besonders widerstandsfähigen Rasen zu erhalten. Es sind nämlich auf eine 40 Zentimeter tiefe Schicht Schlacke geschüttet und auf diese eine 10 Zentimeter starke Schicht eines Gemisches von feiner Schlacke und Humus.

Notzeitverbrechen vor dem Schnellrichter

Fünf Anklagen an einem Tag und vor einem Gericht

Aus Hannover war der junge Kellner S. zugereist und hoffte hier Arbeit zu finden. Er fand aber keine Arbeit. Da er ohnehin seit Mitte März ohne Arbeit war, ging es ihm sehr schlecht. Er beschloß daher sich Geld zu verschaffen. In der Frühe des 3. Juni sah er in Horn einen Mann dem Autabus entsteigen. Er überfiel ihn, riß ihn zu Boden und schlug ihn mit einem Fahrradkettenschlüssel auf den Schädel. Der Verletzte trug eine Gehirnverletzung davon; die Wunden sind heute noch nicht geheilt. Zur Entschuldigungsverfuhrte der wegen Straßenraub angeklagte an, er habe sich geärgert, daß der überfallene Geld gehabt zu vertrieben, während er nichts zu essen gehabt habe. Der Staatsanwalt hielt einen schweren Raubverfuhr für vorliegend und beantragte gegen den Vorbestraften 4 Jahre Zuchthaus, da die Tat haarig auf Wort und Schlag lag. Das Schnellgericht erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus wegen verfuhrten schweren Raubes, denn die Tat sei mit ungewöhnlicher Rohheit ausgeführt worden. Längere Erwägungen seien der Tat vorausgegangen. Er habe die Absicht gehabt, irgendeinen Menschen, den er für geeignet hielt, niederzuschlagen. Im Interesse der Sicherheit käme eine geringe Strafe nicht in Frage, denn Straßenraub sei das schwerste Verbrechen, das es gebe. Wüßte sich das Urteil nur ausgefallen, weil der Angeklagte noch jung sei. Hätte er aber nur einen Großen erbeutet, wäre die Mindeststrafe 5 Jahre Zuchthaus.

Mit einem Holzknüttel bewaffnet drang der Arbeiter R. am 16. Februar in die Räume des Wohlfahrtsamtes. Stuhl und Knüttel in den Händen rief er aus: „Na, warte du Lump; ich hole ein großes Messer und jage es dir in den Leib. Meine Kollegen warten draußen und werden hier aufräumen!“ Das Gericht, Strafbefehl 11, verurteilte den Angeklagten wegen Beamteneinverleumdung und Nötigung zu 12 Wochen Gefängnis.

Ein verwegenes Räuberstück

58 000 Mark Lohngehalter im Woermannhaus geraubt

Am Dienstag zwischen 12 und 12.30 Uhr wurde im Verwaltungsgebäude der Woermann-Linie in der Reichenstraße ein dreistühler Raubüberfall verübt, bei dem den Banditen eine Summe von 58 000 M. in die Hände fiel.

In der geschäftstillen Zeit der Mittagsstunde befand sich in dem Kassenraum der Firma nur eine Kundin, während an den Schaltern zwei Kassierer ihren Dienst versahen. Plötzlich betraten drei Männer den Raum. Mit vorgehaltenen Revolvern drangen sie auf die Kassierer ein und verlangten von ihnen die Herausgabe des vorhandenen Bargeldes. Während der eine Täter mit der Schußwaffe in der Hand den Eingang bewachte und der andere die Kassierer im Auge behielt, sprang der dritte durch die Schalteröffnung an die Plätze der Kassierer. Auf den Tischen lagen große Mengen Bargeld in Papierscheinen und Silberstücken bereit, das von den Kassierern für die fällige Lohnzahlung fertiggemacht wurde.

Blitzschnell raffte der Eindringling alles Geld in eine mitgebrachte Aktentasche.

Dann forderte er von den Kassierern noch die Öffnung des Kassenschranzes, aus dem er ebenfalls alles, was an Bargeld vorhanden war, an sich nahm.

Die ganze Arbeit war das Werk eines kurzen Augenblicks; die Banditen verließen nach der Tat rasch wieder den Raum. Auf der Straße stiegen sie in eine bereitstehende hoch elegante

Die Befähigung mit einer besonderen Grasart macht den Boden dann hart und elastisch. Soffen wir auf günstige Erfahrungen. Der Schulleiter der angrenzenden Schule übernahm mit Worten des Dankes den Platz, die Jugend dankte durch Spiel und Wettlauf. Direktor Harte versprach den Jungen einen neuen Fußball, während sich eine schneidige Läuferin einen Schlagball errang. So war das erste Spiel gleich einträglich geworden.

Eine neue Spiel- und Erholungsstätte ist geschaffen. Sie ist gerade heute ein wahrer Segen für den Lebenswillen.

Vierjähriges Kind totgefahren

Gestern, am Dienstag, 28. Juni, um 17 Uhr, wurde in der Eiffeistraße vor Nr. 82 die vierjährige Wilma M. h. von einem Lastkraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport in ein Krankenhaus starb. Zeugen des tödlichen Unfalles werden gebeten, sich entweder bei den ihnen nächstgelegenen Polizeiwachen oder bei der Verkehrs-polizei im Stadthaus zu melden.

Und dennoch Zeltlager

Hamburger Kinder fahren am 4. Juli nach Blankensee

Trotz der Ungunst der Zeit hat die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde beschlossen, auch in diesem Jahre mehrere Zeltlager durchzuführen. Arbeiterfinder gebrauchen gerade in Notzeiten eine Erholung und Freude. Die Kinderfreunde wollen auch in diesem Jahre beweisen, daß das Wohl der Arbeiterkinder ihnen am Herzen liegt, ohne daß die Eltern große Opfer zu bringen haben. Zeltlager sind nach wie vor die billigste und beste Erholung. Selbstverständlich sind die Preise — der Zeit entsprechend — herabgesetzt. Die Aufgabe der Zeltlager ist es vor allem, die Falten zu selbständigem Handeln und zur Verantwortung für die Gemeinschaft zu erziehen.

In diesem Jahre werden größere Lager in Blankensee bei Lübeck, in Schillingen, an der Grenze der Etschschloßwälder, auf der Ohleninsel in der Flensburger Bucht und im August in Frankreich, etwa 20 Kilometer südlich von Paris, stattfinden. Das französische Lager, das von Westdeutschland, von Frankreich und von kleineren Gruppen aus anderen Nationen auf besucht wird, soll der Verständigung unter den Völkern dienen. Es ist das erste Zeltlager auf französischem Boden. Die Hamburger Kinderfreunde fahren zusammen mit den Falten aus anderen Ortsgruppen ihres Bezirksverbandes, und zwar aus Bremen, Bremerhaven, Wesermünde, Harburg-Wilhelmsburg, Stade und Lüneburg, nach Blankensee. Es werden etwa 260 Kinder mit ihren Helfern aus dem Hamburger Bezirk teilnehmen. Außerdem kommen Kinder aus Berlin und anderen Orten. Blankensee liegt 8 Kilometer von Lübeck auf der Strecke nach Rostock. Der See gleichen Namens gibt Gelegenheit zum Baden. Wald ist in unmittelbarer Nähe. Die älteren Falten werden Fahrten nach Rostock-Wall, nach Lübeck und vielleicht auch an die Ostsee unternehmen. Bereits im vorigen Jahre fand hier in den ehemaligen Flugzeughallen ein großes Lager von Zeltlagern auf verschiedenen Orten statt. Die Zeltlagern, unsere Kinder von 7 bis 10 Jahren, werden wir auch in diesem Jahre in einem festen Gebäude unterbringen. Auf einer großen Wiese, etwa 300 Meter davon entfernt, wird ein Zeltlager für Jung- und Mädchen errichtet. Die Bewirtschaftung der Lager erfolgt gemeinsam. Für den Empfang der Kinder sind alle Vorbereitungen getroffen. Für Gymnastik, Musik und Vorträge werden besondere Kräfte im Lager anwesend sein.

Die Abfahrt erfolgt am Montag, 4. Juli, um 15.50 Uhr, vom Hamburger Hauptbahnhof über Lübeck. Alle Zeltfahrer treffen sich pünktlich um 15 Uhr bei der St. Georgs Kirche beim Hauptbahnhof. Die Zelte werden bereits am 1. Juli mit einem Lastkraftwagen nach Blankensee geschafft. In pünktlich besetzten Zelten haben Zeltlager eine erhöhte Bedeutung. Sie sollen den Willen der Arbeiterklasse demonstrieren, daß ihre Kinder im sozialistischen Geiste und zur Verantwortung für die Gesamtheit erzogen werden.

Reichswehrreinkartierung in Hamburg

Amtlich wird mitgeteilt: Das III. Bataillon des 6. Infanterieregiments, dem die Traditionskompanie des ehemaligen Regiments „Hamburg“ angehört, wird in der zweiten Hälfte des Juli auf einem Übungsmarsch von Flensburg nach dem Truppenübungsplatz Munsterlager auf Hamburg berufen und hier für zwei Tage Quartier beziehen. Das Bataillon trifft auf einem Fußmarsch von Blankensee am 26. Juni, um die Mittagszeit hier ein und wird zur Aufschlüsselung in Bataillone untergebracht werden. Der 27. Juli ist als Ruhetag vorgegeben. Am 28. Juli früh wird das Bataillon nach der Gegend südlich Hamburgs abmarschieren.

Im ersten Moment

stutzen Sie, aber sehr bald merken Sie, dass LIGA zwar anders, aber besser schmeckt. Und das haben schon viele Raucher festgestellt.



GROSSER BURSTAH 18-28

Arbeit und Wirtschaft

Belgisch-holländische Zollkonvention

Holland und Belgien sind auf den Export angewiesen. Belgien ist fast industriell und muß Fertigerwaren auf dem Weltmarkt verkaufen. Holland hat einen beträchtlichen Agrarport. Der Protektionismus der beiden letzten Jahre mußte gerade diese Länder schwer treffen. Insbesondere haben die Zollmaßnahmen in England, Frankreich und in Deutschland schlimme Auswirkungen auf dem belgischen und holländischen Export gehabt. Holland und Belgien ziehen nun daraus nicht den falschen Schluß, sich ebenfalls abzuschließen und zu isolieren. Vielmehr versuchen die beiden Länder, den Fall des Protektionismus zu durchbrechen. Die beiden Nachbarländer mit ganz verschiedenen, aber teilweise sich ergänzenden Wirtschaftsstrukturen haben ein Zollbündnis geschlossen. Sie verpflichten sich, keinerlei Zollmaßnahmen zu treffen, die den wechselseitigen Warenaustausch einschränken könnten, und wollen darüber hinaus

allfällige ihre bestehenden Zollsätze um 10 % senken. Der Beitritt zu dieser Konvention wird allen Ländern, die die gleiche Verpflichtung übernehmen, offen gehalten.

Dieser Schritt stellt zunächst eine Selbstschutzmäßigkeit dar. Belgien, das am dichtesten bevölkerte europäische Land mit dem, gemessen an der Kleinheit des Landes, größten Industriekörper und der höchsten industriellen Ausfuhrquote, fällt sich durch den Übergang zum Zollbündnis, durch die Kontingentierungsmöglichkeiten Frankreichs und durch die geringe Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes stark bedroht. Das außerordentlich starke Ausfuhrdefizit dieses Landes erklärt, daß die belgischen Politiker immer wieder, freilich vergeblich, sich bemühen, ein weiteres Zollaufstufen zu verhindern. Holland wiederum ist durch die rückständigen Abwehrmaßnahmen Deutschlands schwer betroffen worden. Zwischen den beiden westlichen Nachbarstaaten besteht nun seit jeher eine enge wirtschaftliche Verflechtung. Etwa ein Viertel der belgischen Ausfuhr geht nach Holland und etwa ein Sechstel der holländischen Ausfuhr nach Belgien. Es ist an sich durchaus begreiflich, daß die beiden Staaten das auf den übrigen Weltmärkten verlorene Absatzgebiet durch eine noch enger wirtschaftliche Verbindung wiedergewinnen möchten.

Damit sind aber zugleich die Rückschlüsse für die anderen europäischen Länder und für Deutschland gekennzeichnet.

Schließen sich diese der Konvention nicht an, dann verschlechtern sich ihre Wettbewerbsmöglichkeiten auf dem belgischen und holländischen Markt.

Maschinen-Zerführungsplan der englischen Baumwollindustrie verworfen

A.K. Der durch die englische Regierung begünstigte Maschinen-Zerführungsplan der Spinnorganisation der englischen Baumwollindustrie, „Joint Committee of Cotton Trade Organizations“, der die Zerführung von 10 Millionen Baumwollspinneln und 100 000 Webstühlen vorsah, durch Schaffung eines Luftauf-Fonds vermittelte einer Spinnel-Tage von 3 d jährlich, ist mit übertragender Mehrheit abgelehnt worden. Das am 24. Juni bekanntgegebene Ergebnis der zweiten Umfrage zeigt, daß nur 17,70 % der Spinneln für das Projekt stimmten, 56,53 % dagegen, während 25,77 % sich der Stimme enthielten. Die erste Enquete im Februar dieses Jahres ergab 46,97 % zugunsten des Zerführungsplanes, 28,69 % dagegen und 24,34 % enthielten sich der Stimmabgabe. Das jüngste Abstimmungsergebnis wurde durch die Stimmhaltung der Lancashire Cotton Corporation maßgebend beeinflusst. Dieser Zerk, der mit Hilfe der Bank von England zustande gekommen ist, hat seinerzeit schwache und technisch unvollkommene Betriebe übernommen und würde es gern gesehen haben,

falls nunmehr ein gemeinsamer Luftauf-Fonds die schlechten Spinneln des Unternehmers übernommen hätte. Jedenfalls darf man behaupten, daß die Einbeziehung der Lancashire Cotton Corporation in den Maschinen-Zerführungsplan der wichtige Grund für die Ablehnung des Projektes gewesen ist.

In diesem Zusammenhang erscheint es nicht uninteressant, daß der bisherige Präsident der Lancashire Cotton Corporation, Sir Kenneth D. Stewart, sein Amt niedergelegt hat mit der Begründung, daß das Ziel einer Zusammenfassung der englischen Baumwollindustrie noch nicht zu erreichen sei. Nach Sir Kenneth kann die englische Baumwollindustrie aber nur durch Zusammenfassung saniert werden.

Autarkie heißt Verhungern

Den verantwortungslosen Schwärmern über eine Autarkie in den Kreisen der Nationalsozialisten und Deutschennationalen gibt der Geschäftsbericht der F. L. & Co. in Gießen ein Gegenbeispiel. Der Geschäftsbericht der F. L. & Co. für das Jahr 1931 folgende deutsche Fiktion: „Unsere Firma ist von jeher hervorragend am Export nach allen Ländern beteiligt gewesen und kann daher nach allen gesammelten Erfahrungen von ihrer über 50 Jahre zurückblickenden Gründung ab für Autarkiebestrebungen kein Verständnis anbringen.“

Millionengeschenke an Treibstoffherzeuger

Papenregierung erläßt die Mineralölsteuer

Die Papen-Regierung macht sich für die Großindustrie gut bezahlt. Die vor zwei Jahren eingeführte Ausgleichsteuer für inländische Treibstoffe wird den inländischen Erzeugern (das ist in erster Reihe der Ruhrbergbau [Benzolgewinnung] und ferner die I. G. Farbenindustrie [Benzolgewinnung]) schenkt. Eine Information der Öffentlichkeit über diese unglaubliche neue Subvention fällt die Regierung nicht einmal für notwendig. Lediglich aus dem Reichsgesetzblatt erfährt man die Tatsache dieser neuen Subvention an die Gewinner der Feudalregierung.

Die inländischen Treibstoffherzeuger genießen schon bisher Vergünstigungen. Während jeder

liter Auslandsbrennstoff mit einer Zollabgabe von circa 16 % belastet ist, beträgt die Abgabe für inländisches Benzin und Kerosin nur circa 2 1/2 % Steuer, also nicht den fiktiven Seil. Der Ruhrbergbau und der Chemietruft erhalten also schon bei der jetzigen Abgabebelastung riesige Steuererleichterungen. Die I. G. Farben hatte es obenhin verstanden, sich schon unter der Regierung Brüning vorübergehend eine Steuerbefreiung beziehungsweise Steuererleichterung zu verschaffen, die aber auf den einstimmigen Protest der Öffentlichkeit hin am 1. April dieses Jahres wieder hinfällig wurde.

Die neue Regierung befreit nun aus dem Sandkasten heraus gleich alle inländischen Treibstoffherzeuger, also nicht nur den Chemietruft, sondern vor allem auch den Ruhrbergbau von einer ohnehin bereits viel zu niedrig angesetzt Steuer. Da aber schließlich auch eine Baronsregierung noch eine Steuererleichterung einfach außer Kraft setzen kann, wird die Steuer auf Grund einer unter ganz anderen Verhältnissen gegebenen Ermächtigung nur „ermäßig“.

Steuererleichterung von bis 380 M. per Doppelzentner wird auf sage und schreibe 10 M. per Doppelzentner oder ein Zehntel Pfennig pro Liter gesenkt.

Veranschlagt man, daß der Verbrauch an inländischem Treibstoff etwa 450 000 Tonnen beträgt, so wird eine Reichssteuer, die bisher etwa 17 1/2 Millionen im Jahr erbringen mußte, glatt an die beiden industriellen Großmächte verpfändet.

Der Steuererlass ist zunächst nur auf ein Vierteljahr ausgedehnt. Das bedeutet eine

Verkleinerung von Reichsmitteln in Höhe von 4 1/2 Millionen allein für das nächste Quartal.

von denen etwa 2 1/2 Millionen der Ruhrbergbau und mehr als 1 Million die I. G. Farben erhalten. Der Wiedereintritt von Herrn Warndt in die Reichsregierung hat sich also nicht nur für die I. G. Farben, sondern auch für die Schwerindustrie als lohnend erwiesen. Man weiß ferner zur Genüge, daß derartige Subventionen nachher zum Wohlstand führen werden.

Dieses neue Millionengeschenk ist ein Skandal und eine unerhörte Provokation. Im gleichen Augenblick, in dem den Massen riesige neue Belastungen aufgebürdet und Renten und Unterhaltungsgehälter für die Armisten rigoros gekürzt werden, werden der Großindustrie unter der Hand nicht zu rechtigende Millionengeschenke gemacht.

Der Zusammenbruch der „Nordsee“ und die Flucht des Generaldirektors

Wir erhalten folgende, mit dem Datum des 13. Juni vergebene, laut Poststempel aber erst am 24. Juni 1932 abends in Bremen zur Post gegebene Berichtigung, die sich zwar auf das Pressegesetz beruft, aber den gesetzlichen Bestimmungen nicht entspricht.

Zu dem von Ihnen in Nr. 131 Ihrer Zeitung vom Mittwoch, dem 1. Juni 1932, gebrachten Artikel „Der Zusammenbruch der „Nordsee“ und die Flucht des Generaldirektors“ erlaube ich Sie auf Grund des § 11 des Pressegesetzes um Abdruck nachstehender Berichtigung:

1. Es ist unrichtig, daß Herr Hans Wriedt in Schlesien ein kostbares Schloss besaß, dort aus einem großen Rennstall unterhalten und dieses zu Geld gemacht hätte. Richtig dagegen ist, daß Herr Wriedt niemals in Schlesien ein Schloss oder einen Rennstall gehabt hat. Richtig ist weiter, daß Herr Wriedt das Schloss Katzberg gepachtet hatte und daß dieser Pachtvertrag Ende v. S. ausgebrochen worden ist.

2. Es ist unrichtig, daß Herr Wriedt in Bremen Besitzer einer fiktiv eingerichteten Villa gewesen wäre. Richtig dagegen ist, daß Herr Wriedt in einem kleinen Reichenhause zu R. wohnhaft war.

3. Es ist unrichtig, daß Herr Wriedt in Kiel ein kostbares Schloss besaß und das Kieler Schloss verkauft und zu Geld gemacht hätte. Richtig dagegen ist, daß Herr Wriedt seit über zehn Jahren eine Villa in Kiel besitzt und auch heute noch besitzt.

4. Es ist unrichtig, daß Herr Wriedt nach Bekanntwerden finanzieller Schwierigkeiten der „Nordsee“, um einer Unterhaltung aus dem Wege zu gehen, nach der Schweiz verflücht wäre, um aller Voraussicht nach freiwillig aus niemals wieder zurückzukehren. Richtig ist dagegen, daß Herr Wriedt zunächst aus gesundheitlichem Anlaß in die Schweiz gereist ist, im übrigen seinen Wohnsitz nach freiwilliger Aufgabe seiner Stellung bei der „Nordsee“ wieder nach Kiel, Osternbrookweg 32-34 (seiner Villa) zurückverlegt hat.

5. Es ist unrichtig, daß das Finanzamt ein Verfahren wegen Kapitalflucht gegen Herrn Wriedt eingeleitet hätte. Richtig dagegen ist, daß das Finanzamt Ende v. S. J. geglaubt hat, Einkommensteuer-Rückforderungen stellen zu müssen, deren Berechtigung Herr Wriedt nicht anerkennt, so daß hierüber in ordnungsmäßigem Steuerungsverfahren ein Rechtsstreit schwebt.

6. Es ist unrichtig, daß Herr Wriedt die treibende Kraft einer wahnhaften Expansionspolitik der „Nordsee“ gewesen wäre, wobei er es vortrefflich verstanden hätte, die Millionen in seine Tasche zu werfen, die Gesellschaft selbst aber an den Rand des Ruins zu bringen. Richtig ist dagegen, daß die „Nordsee“, soweit sie Expansion betrieben hat, dies in völliger Einvernehmen mit dem gesamten Aufsichtsrat der Gesellschaft und nach entsprechender Genehmigung durch die Generalversammlung geschehen ist. Unrichtig ist ebenso, daß hierbei irgendwelche Beträge in die Tasche von Herrn Wriedt geflossen wären.

7. Es ist unrichtig, daß Herr Wriedt am Ende v. S. J. ein Aktienpaket der „Nordsee“ von 6 Millionen Mark gewesen wäre. Richtig dagegen ist, daß Herr Wriedt im Jahre 1928 die Majorität der „Nordsee“ mit etwa 4 Millionen Mark besaß und veräußert hat, wobei die „Nordsee“ einen Anspruch auf den Erlös aus diesem Aktienverkauf nicht haben konnte und auch nicht gehabt hat.

8. Es ist unrichtig, daß irgendwelche betrügerischen Manipulationen oder sonstige nicht reelle Handlungen vorgekommen wären. Richtig dagegen ist, daß nach Prüfung durch verschiedene Treuhandgesellschaften und einen öffentlichen Wirtschaftsprüfer keinerlei Anstände solcher Art zu erheben gewesen sind.

9. Dieser „Berichtigung“ hat der Unterzeichner, der sich als Anwalt des Herrn Wriedt ausübt und der Bremer Anwaltsfirma Dreyer & Lissius - Labuhn ufm. angehört, ein Begleitgeschreiben beigelegt, das unter gleichzeitiger Anbringung gerichtlicher Schritte eine Reihe von „Erklärungen“ an uns enthält, die zwar eine große Geschäftsfähigkeit, aber wenig Kenntnis der sozialdemokratischen Presse verraten. Als letzter Termin der „Erklärungen“ des Erklärenden ist der 15. Juni gesetzt. Am 24. Juni, also erst neun Tage später, ist der Brief zur Post gegeben worden. Die Herren scheinen also eine recht lange Zeit der Überlegung benötigt zu haben, ehe sie die wirklich ausschweifende Berichtigung abhandeln. Zu der Sache selbst gehen wir nun unsern Gewährsmann das Wort.

Die Berichtigung bekräftigt im großen und ganzen nur, was in dem Artikel über den Zusammenbruch der „Nordsee“ gesagt worden ist. Ob der Rennstall, wie in dem Artikel angegeben, sich in Schlesien befand, ist dabei wirklich nebensächlich. Rennställe sind in jedem Falle ein kostspieliger Luxus, den sich gewöhnliche Sterbliche nicht erlauben können. Wenn sich Generaldirektoren in einer Zeit ungeheurer wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Zusammenbrüche noch solchen Luxus erlauben können, so lassen sich daraus allerdings Rückschlüsse ziehen. Daß Herr Wriedt in Kiel nicht ein Schloss, sondern nur ganz bescheiden eine Villa besitzt und sie entgegen unsern Ausführungen noch nicht verkauft hat, sei ganz zur Kenntnis genommen, ändert aber an der Beurteilung der Sache nichts. Nun zur Schweizer Reise des Herrn Wriedt: Fest steht ferner, daß sich Herr Wriedt nach der Schweiz begeben hat. Ob aus gesundheitlichen Gründen? Diese Frage zu klären, wird noch Aufgabe des „Nachforschens“ mit der Finanzbehörde sein. Es steht ferner fest, daß nach der Abreise des Herrn Generaldirektors noch der Schweiz ein Steuerbefreiungsbrief hinter ihm erlassen wurde. In der Berichtigung wird ferner angegeben, daß Herr Wriedt ein Aktienpaket der „Nordsee“ im Werte von „etwas

Vermischtes

Pflanzen u. Blumen
billig im Strangeland
Danzigerstraße 48

PRINZ
MK. 10 - an
ALTONA 11
GR. JOHANNISSTR. 66

PRINZ
Wohn- u. Geschäftsräume
ALTONA GR. JOHANNISSTR. 66

T-Träger
Hocher für alle Zwecke
Wellblech,
Gartengeräte
und sonstige
G. W. W. 200
Hollfelder Straße 30, 32

**Volks- und
Gewerkschaftshaus**
50
WILSDRUFF

**QUITTUNGS
MARKEN**

**für Gewerkschaften
und Krankenkassen**
Bietet gut und preiswert
Markenfabrik
Auer & Co.
HAMBURG 36
Fehldorferstraße 11-13

Fahrräder

Ohne Anzahlung
Verkauf, mieten
Hamburg - Weiche

752 Räder
Lindau, Nollweg 16
9-13 und 15-19 Uhr

**Kleiner Posten
Marken-
Fahrräder**
Komplett 39,50
1/2 Ballon 44,00
Vollballon 50,00

Marken-Rahmen
m. Schutzblechen 10,50
Fabriklager

Bleichenbrücke 10,
Heinrich, 2. St., 19 Uhr

Fahrräder
u. Zubehör am bill. und
deftig, geb. u. fabrikneu,
Ballon und verchromt
20,-, 30,-, 33,-
35,-, 40,-, 45,-, 50,-
u. mit 3 Jahre Garantie
Reparatur alle Arten
Gründes Lager.

Spaltelstr. 4
direkt am Hauptbahnhof

Fahrradzubehör
Zubehör-Großlager
Rahmen, kompl. 13,95 M.
3 Jahre Garantie,
Fahrrad-Zellen 1,- M.
Achsen 60 S., Treibri-
kette 4,75 M., Griffe 20 S.
Zelle für alle Jahrszeiten
a. besten u. a. billigen
Spaltelstr. 4
direkt am Hauptbahnhof

Ballon-Fahrrad, 47,50 M.
Opel und Victoria
Verkaufsstellen

Johann v. Prondzinski
HAMBURG
Friedrichsallee 63
WILHELMSTRASSE
Fahrradzubehör
Größte Auswahl und
billigste Preise in sämt-
lichen Zubehörläden
sowie Reparaturen.

Wasserfahrzeuge

Asindia-Fährlinien
ZELTE
ZUBEHÖR
2 St. 19, 19, 19
Hollkamp 63
Hollkamp 63

SOMMER- PREISE

Nehmen Sie die günstige Gelegenheit wahr und decken Sie sich zu den nachstehenden Feuerungspreisen ein:

	Frei Haus
Yorkshire Nußkohl, gew. u. ges.	pro Zentner RM. 1,85
Westfälische Nußkohl, ges.	1,80
Schottische Nußkohl, ges.	1,60
Schottische Singles	1,46
Anthrazit-Nußkohl, ges.	3,44
Steinkohlennuß	1,10
Elform-Briketts	1,72
Brechhoks II, ca. 40/60 mm	2,34
Brechhoks III, ca. 20/40 mm, für Hausbrand	2,10
Perikoks, ca. 10/20 mm, für Hausbrand	1,66
Braunkohl-Briketts	1,68
Grudekoks	1,78
Weichholzkloben	2,-
Hartholzkloben	2,-
Kleinholz	1,80

In obigen Preisen ist Bringelohn von 25 Pfennig pro Zentner eingeschlossen
Frei-Haus-Bestellungen nehmen unsere Verteilungsstellen entgegen
Der Verkauf ab Lager erfolgt:
Hammerbrook: Sachsenstraße 14/16, in der Zeit von 8 bis 16.30 Uhr.
Barmbeck: Alter Teichweg 29/31, in der Zeit von 8.30 bis 13 und 15 bis 19 Uhr.
Der Name „PRODUKTION“ bürgt für beste zuverlässigste Ausführung der Aufträge

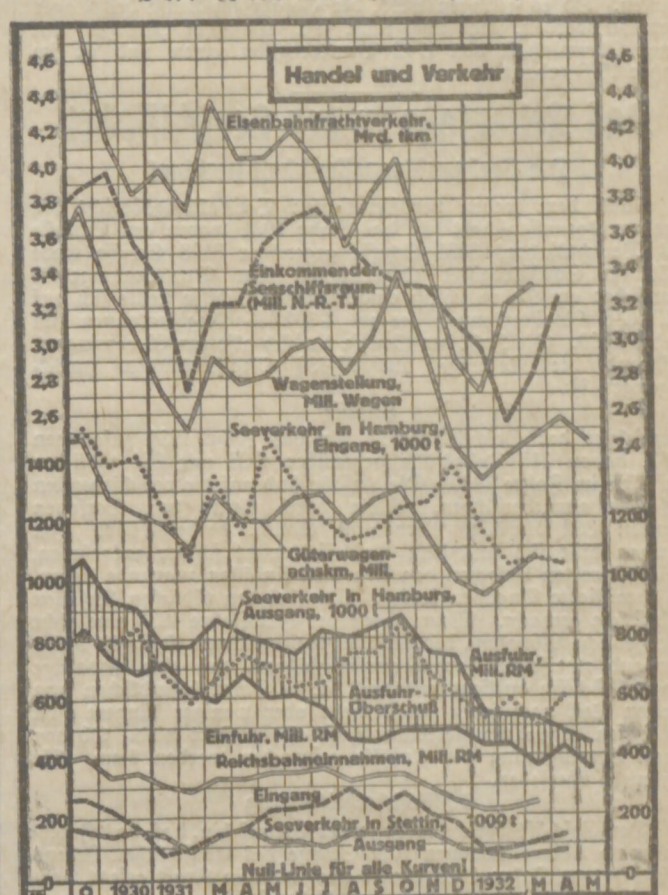
PRODUKTION

um so weniger, als die große Bevölkerungszahl Deutschlands nur im exportierenden Industriestaat ernährt werden könnte.

im besonderen durch eine vielseitige und hochentwickelte Verfeinerungsindustrie und nicht nur durch Förderung und Ausfuhr seiner hauptsächlichsten Bodenprodukte. Die Einfuhr der für unsere Lebenshaltung und Verfeinerungsindustrie notwendigen Rohstoffe bleibt uns in keinem Falle erspart. Dafür Ausfuhrmöglichkeiten durch Export zu finden, muß unser höchstes Ziel sein.

Nach dem Geschäftsbericht hat sich der Gesamtumsatz des Konzerns gegenüber 1930 mengenmäßig um 23 % gesenkt, der wertmäßige Umsatz verringerte sich um 32 %. Die Belegschaft der Betriebe einschließlich der deutschen Tochtergesellschaften (Angestellte und Arbeiter) hat sich in den drei Jahren, 1928, 1929 und 1930, auf einer mittleren Höhe von 12732 gehalten und ist 1931 im Durchschnitt auf 9044 gesunken. Auch diese Zahl konnte nicht voll beschäftigt werden. Die Auftragsbestände sind auf 30 % der Vorjahre und auf 25 % des normalen Standes zurückgegangen. Die Wertspartasse wurde durch Rückzahlung am 31. März 1932 völlig aufgelöst.

Das Bild der Wirtschaft



Der Ausfuhrüberschuß im Außenhandel ist im Mai wieder etwas größer geworden, weil die Einfuhr nach Härten gedrosselt worden ist als die Ausfuhr. Gleichwohl werden die hohen Ueberschußwerte des vorigen Jahres bei weitem nicht erreicht. Die Verkehrszahlen des Eisenbahnverkehrs zeigen in den ersten vier Monaten des Jahres eine Zunahme, wie sie der Jahreszeit entspricht. Der Mai hat bereits wieder einen Rückgang gebracht, doch ist ein solcher Rückgang im Frühjahr ebenfalls üblich.

Der Schiffsverkehr war, wie gewöhnlich im Februar, zu einem besonders niedrigen Wert abgesunken. Er steigt seit dem Februar eine kräftige Zunahme, so daß der Aprilwert des einmonatigen Schiffsverkehrs sogar um eine Kleinigkeit höher lag als im vorigen Jahre. Der Gütermengen nach sind jedoch die Zahlen im Hamburger Seeverkehr weiter stark gesunken. Lediglich der Hamburger Seeverkehr zeigt eine leichte Belebung. Im Stettiner Seeverkehr steigen die Kurven in den ersten Monaten des Jahres langsam an; sie liegen jedoch sowohl im Eingangs- wie im Ausfuhrverkehr auch hier tiefer als im vorigen Jahre.

Die schwebende Schuld des Reiches ist von 1799,2 Millionen Mark für April auf 1829,8 Millionen Mark Ende Mai 1932 gestiegen.

Der Warenhaushalt Leonhards Tieg wird für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 6 % verteilen, während im Vorjahr 8 % ausgeteilt wurden.

